

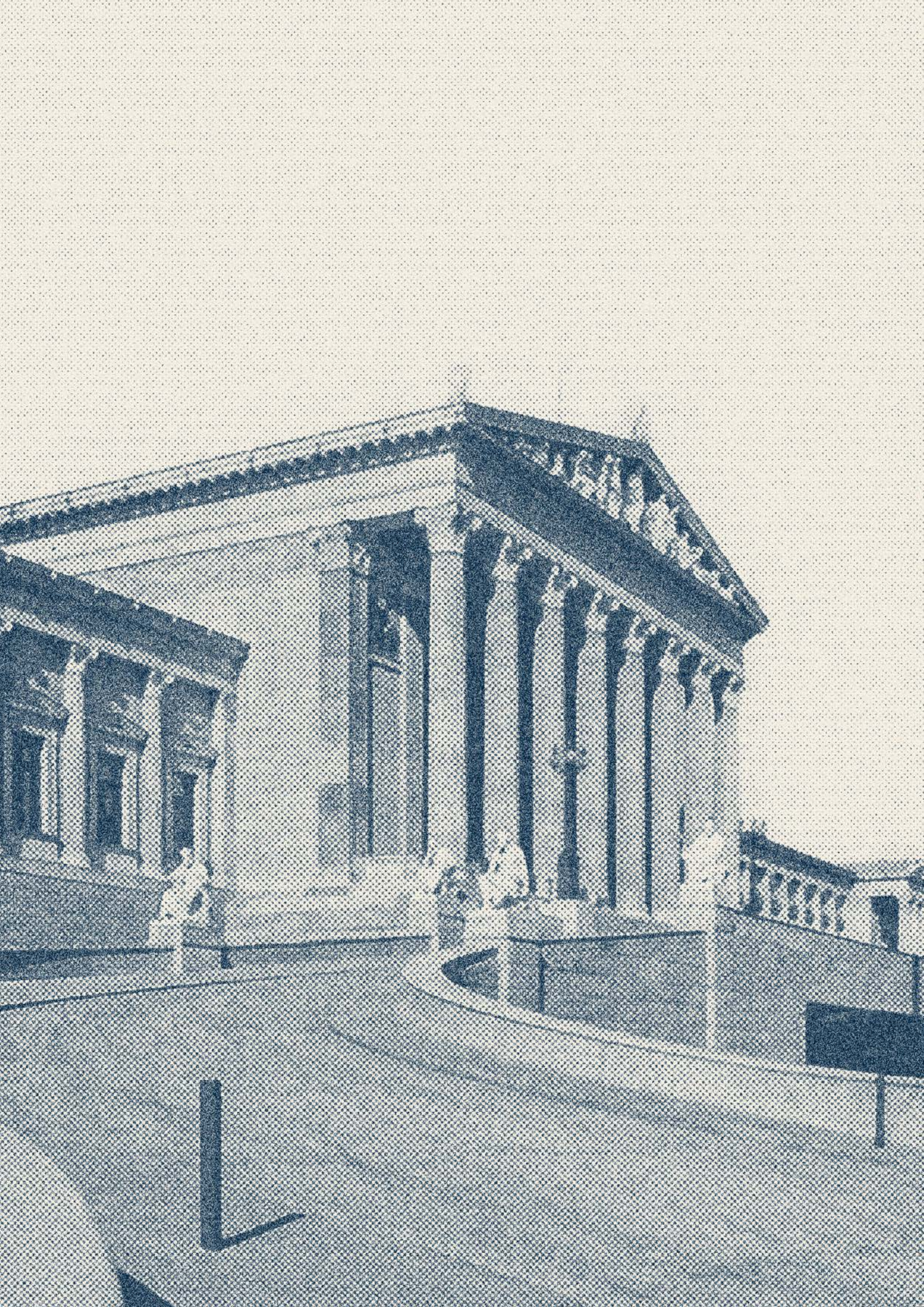


Parlament
Österreich

FREDA MEISSNER- BLAU

FREDA MEISSNER-BLAU
im Gespräch mit Günther Schebeck

Das österreichische Parlament in persönlichen Erinnerungen | Band 5



Parlamentsdirektion (Hg.)

„Es genügt nicht,
zu wissen, was ist,
man muss wissen, wie
das entstanden ist ...“

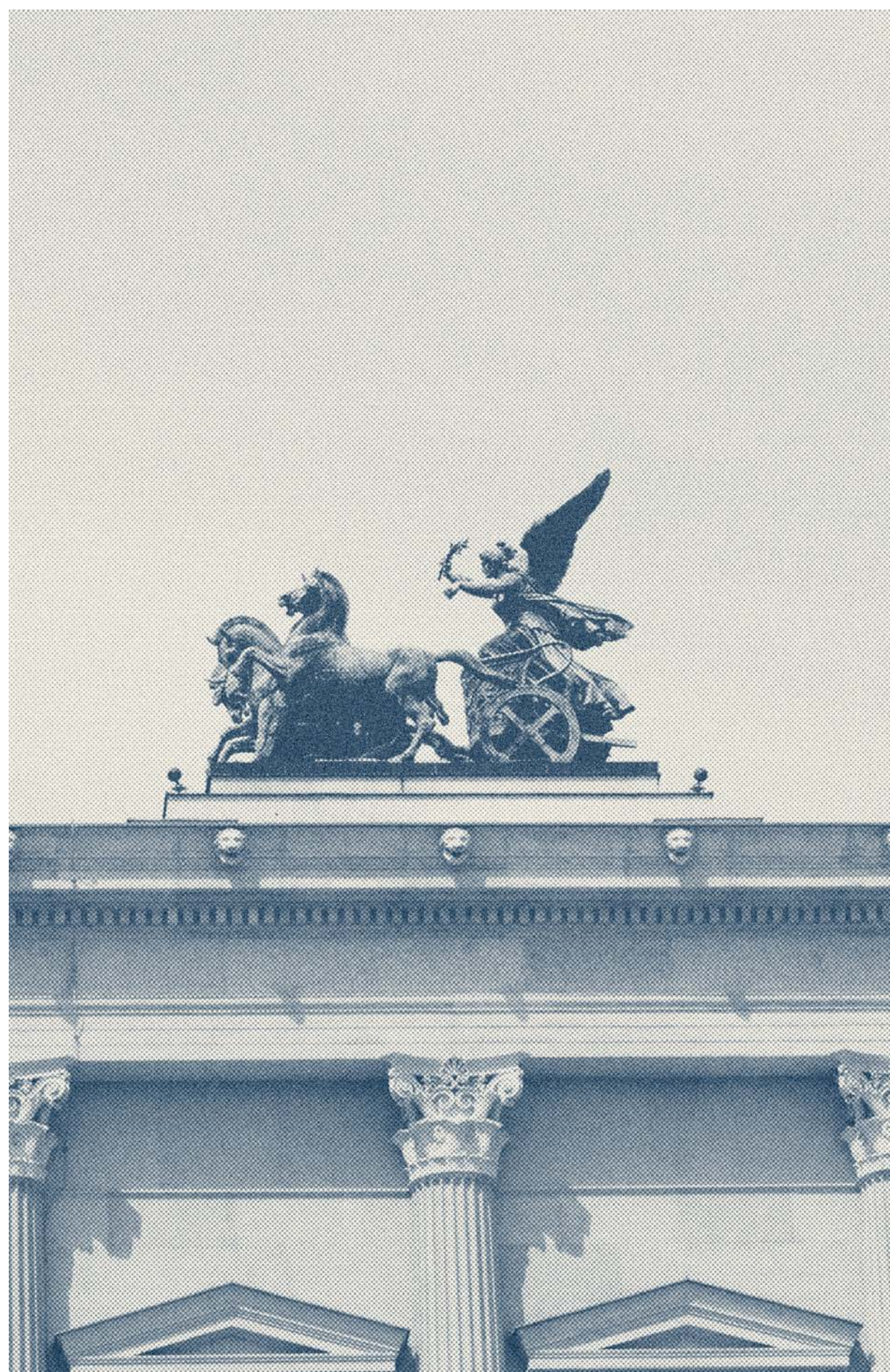


Freda Meissner-Blau

im Gespräch mit Günther Schefbeck

**Das österreichische Parlament
in persönlichen Erinnerungen**

Band 5



Die Reihe „Das österreichische Parlament in persönlichen Erinnerungen“ wurde vom Historiker und langjährigen Leiter des Parlamentsarchivs Günther Schefbeck ins Leben gerufen. Seine Gespräche mit ehemaligen Abgeordneten zum Nationalrat und Mitgliedern des Bundesrates spiegeln die Geschichte von Demokratie und Parlamentarismus in Österreich in den vergangenen Jahrzehnten wider. Gleichzeitig erlauben sie vertiefte Einblicke und beleuchten Zeitgeschichte aus völlig neuen und besonders spannenden Blickwinkeln – jenen der Gestaltenden selbst. Warum politische Entscheidungen getroffen wurden, welchen Einfluss gesellschaftliche und mediale Rahmenbedingungen hatten und wie in entscheidenden Momenten der Parlamentarismus in der Praxis funktioniert – all diesen Fragen gehen die Gespräche nach. Zugleich zeichnen sie ein lebendiges Bild der Abläufe im österreichischen Parlament und deren Veränderung durch Prozesse der Digitalisierung.

Die Interviewpartnerinnen und -partner von Schefbeck bilden das gesamte Spektrum ab: Präsidentinnen und Präsidenten des Nationalrates, Klubobleute, Abgeordnete zum Nationalrat, Präsidentinnen und Präsidenten des Bundesrates sowie Mitglieder des Bundesrates. Sie alle erleben Parlamentarismus in verschiedenen, einander teilweise überschneidenden Rollen. Die Analyse von Wendepunkten und die rückblickende Betrachtung ist dabei nicht nur eine für Interessierte spannende Lektüre – sie erlaubt in ihrer Bezugsetzung zur Gegenwart auch Lehren für die Zukunft.

Einleitung

Das Jahr 1986 bildet in der österreichischen Zeitgeschichte im mehrfachen Hinsicht eine Zäsur:

- ♦ Die Wahl von Kurt Waldheim zum Bundespräsidenten, nach einem Wahlkampf, der von Waldheims bis dahin, wie ihm seine politischen Gegner vorwarfen, verschwiegener persönlicher Geschichte in der NS-Zeit geprägt war, führte dazu, dass Österreich sich mit der Rolle der Österreicherinnen und Österreicher in den Jahren 1938 bis 1945 auseinanderzusetzen und die österreichische Geschichtsforschung diese Zeit systematisch aufzuarbeiten begann.
- ♦ Die durch Bundeskanzler Franz Vranitzky ausgesprochene Aufkündigung der noch von Bruno Kreisky geschmiedeten Koalition von SPÖ und FPÖ auf Bundesebene nach dem Innsbrucker FPÖ-Bundesparteitag, auf welchem Jörg Haider Vizekanzler Norbert Steger als Bundesparteiohmann abgelöst hatte, machte die Neuwahl des Nationalrates notwendig und führte erstmals seit 1966 zur Bildung einer Koalition aus den damaligen Großparteien SPÖ und ÖVP, die bis zum Jahr 2000 Bestand haben sollte.
- ♦ Die Nationalratswahl am 23. November 1986 veränderte aber auch nachhaltig das Spektrum der österreichischen Parlamentsparteien. Erstmals seit 1959, als die KPÖ aus dem Nationalrat ausgeschieden war, zog – neben SPÖ, ÖVP und FPÖ – eine vierte Partei in den Nationalrat ein: die Grünen, die unter der Bezeichnung „Die Grüne Alternative – Liste Freda Meissner-Blau“ kandidiert hatten. Sie sind seither fester Bestandteil der politischen Landschaft Österreichs geblieben, die freilich mittlerweile noch bunter geworden ist, als sich dies die Österreicherinnen und Österreicher bis 1986 hätten vorstellen können.

Der Wahlerfolg der Grünen im Jahr 1986, ihr erstmaliger Einzug in den Nationalrat, ist, wie schon der Name ihrer Wahlpartei deutlich macht, untrennbar mit der Politikerin verbunden, die dieser Name nennt: Freda Meissner-Blau. Sie war spätestens während der Besetzung der Stopfenreuther Au, die maßgeblich zur Verhinderung der Errichtung des Donaukraftwerks Hainburg beigetragen hatte, zur Integrationsfigur

der bis dahin politisch zersplitterten Ökologiebewegung in Österreich geworden. Ihr Antreten bei der Bundespräsidentenwahl hatte ihr einen Stimmenanteil von etwa 5,5 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen beschert und damit gezeigt, dass das Wählerpotential der Grünen für den Einzug in den Nationalrat ausreichen würde, wenn es gelänge, geeint zur Wahl anzutreten, und als Ergebnis dieses Einigungsprozesses war sie die logische Spitzenkandidatin der neuen Wahlpartei.

Ebenso folgerichtig erschien es, dass sie nach der erfolgreichen Wahl die Leitung des Grünen Klubs im Parlament übernahm. Mit der Bildung einer politischen Partei der Grünen im Februar 1987 wurde freilich sichtbar, dass die Konsolidierung der grünen politischen Bewegung in Österreich noch nicht abgeschlossen war, dass nun erst „die Mühen der Ebene“ zu überwinden waren. Freda Meissner-Blau begleitete diesen Konsolidierungsprozess nur für etwa zwei Jahre. 1988 zog sie sich aus dem Parlament und aus ihren politischen Funktionen zurück. Trotz dieser vergleichsweise kurzen aktiven politischen Funktionärstätigkeit hat Freda Meissner-Blau politische Geschichte und Parlamentsgeschichte geschrieben.

Der Lebensweg, der Freda Meissner-Blau an die Spitze der österreichischen Ökologiebewegung und ins österreichische Parlament geführt hatte, war überaus abwechslungsreich, ja zum Teil geradezu dramatisch verlaufen.

Sie entstammte einer altösterreichischen Offiziers- und Industriellenfamilie, die ihren Lebensmittelpunkt in Nordböhmen, konkret in Reichenberg (Liberec) hatte. Geboren wurde sie aber in Dresden, und zwar am 11. März 1927, wo ihr Vater, der Nationalökonomie studiert hatte, beruflich (für General Motors) tätig war. Ihre Jugend war einerseits geprägt vom großbürgerlichen mütterlichen Haushalt in Reichenberg, andererseits von Ortsveränderungen, die durch die wechselnden beruflichen Tätigkeiten ihres Vaters bedingt waren. So übersiedelte sie nach Linz, dann nach Wien, und kehrte nach der Scheidung ihrer Eltern – der Vater war nach Großbritannien emigriert – nach Reichenberg zurück. Auf der Flucht am Ende des Zweiten Weltkrieges erlebte sie die Bombardierung und Zerstörung Dresdens, eine Erfahrung des Grauens, die sie persönlich für ihr ganzes Leben prägte und zur Kriegsgegnerin und Friedensaktivistin machen musste.



Freda Meissner-Blau (2014, li. und 1990, re.)



Konstituierende Sitzung des Nationalrates am 17. Dezember 1986, (re.) Freda Meissner-Blau, neben ihr die Abgeordneten der Grünen (v. re.) Walter Geyer und Herbert Fux, dahinter (v. re.) die Abgeordneten der Grünen Manfred Srb, Peter Pilz (verdeckt), Josef Buchner, Andreas Wabl und Karl Smolle

In der unmittelbaren Nachkriegszeit lebte sie in der US-amerikanischen Besatzungszone Deutschlands, wo sie sich, befähigt durch ihre guten Englischkenntnisse, mit Arbeiten für die Besatzungsmacht durchbrachte. Sie ging vorübergehend nach Wien, nach Italien, besuchte ihren Vater in Großbritannien, absolvierte dort eine Ausbildung zur Krankenschwester, und begann dann in Frankfurt am Main Medizin zu studieren. Mit ihrem Ehemann Georges de Pawloff ging sie in den damaligen Belgisch-Kongo, eine weitere prägende Erfahrung, die sie zur überzeugten Gegnerin des Kolonialismus werden ließ.

In Paris arbeitete sie für die UNESCO, dann in Wien als Generalsekretärin des eben erst ins Leben gerufenen Instituts für Höhere Studien, das die sozialwissenschaftliche Forschung und Ausbildung in Österreich erneuerte. Im Jahr der großen Studentenrevolten, 1968, kehrte sie nach Paris zurück, persönlich zutiefst berührt von den Anliegen der Revoltierenden, von ihrem Kampf für die Überwindung autoritärer Strukturen der Gesellschaft. Nach dem nicht zuletzt auch durch politische Differenzen bedingten Scheitern ihrer Ehe mit Georges de Pawloff, mit dem sie drei Kinder hatte, heiratete sie den österreichischen Sozialisten Paul Blau, der, nachdem er zuvor als Chefredakteur des sozialistischen Parteiorgans „Arbeiter-Zeitung“ gewirkt hatte, damals als österreichischer Kulturattaché in Paris tätig war. Gemeinsam mit ihm kehrte sie 1972 nach Wien zurück, wo sie nunmehr, nach so vielen Wanderjahren, ihren Lebensmittelpunkt fand.

In Österreich wie in anderen europäischen Staaten bildete sich in den 1970er Jahren – auch in Weiterwirkung der Studentenbewegung der späten 1960er Jahre – eine politische Umwelt- oder Ökologiebewegung heraus, die, neben ihrem Hauptziel des Umweltschutzes, auch das Ziel nachhaltiger Gesellschaftsveränderung verfolgte. Gemäß den jeweils unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen – auf Umweltschutz oder Gesellschaftsveränderung – war diese Bewegung freilich zunächst noch sehr inhomogen und vielfältig. Während vielerorts Aktivistinnen und Aktivisten lokale Bürgerinitiativen ins Leben riefen, die konkrete und begrenzte Absichten verfolgten – hier war es der Schutz eines Waldes vor Abholzung, dort der Kampf gegen eine Mülldeponie und dergleichen mehr –, dauerte es Jahre, bis sich die neue politische Be-

Plakate vor der Volksabstimmung über die Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Zwentendorf (1978)



wegung in politischen Parteien auskristallisierte: erst 1982 entstanden einerseits die Vereinten Grünen Österreichs (VGÖ) als Sammelbecken der (zum Teil eher konservativen) umweltpolitisch Engagierten, andererseits die Alternative Liste Österreichs (ALÖ), in welcher sich die (primär links-alternativ eingestellten) gesellschaftspolitisch Engagierten zusammenfanden. Beide Parteien traten bei der Nationalratswahl 1983 an, der Einzug in den Nationalrat gelang ihnen freilich nicht.

Zwei große politische Themen haben in den späten 1970er und frühen 1980er Jahren wesentlich dazu beigetragen, die damals noch so heterogene grüne politi-

sche Bewegung zu einen: der Kampf gegen die Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Zwentendorf und der Kampf gegen die Errichtung des Donaukraftwerks Hainburg. Im ersten Fall ging es um die – schon vor Tschernobyl – verbreitete Angst vor den Gefahren der Kernenergie bzw. vor möglichen Kernkraftwerksunfällen, im zweiten Fall um den Schutz der ökologisch wertvollen Donauauen. In beiden Bewegungen, die auch großes mediales Echo fanden, nahm Freda Meissner-Blau die Rolle einer Vorkämpferin ein, und insbesondere in der Stopfenreuther Au wurde sie geradezu zur Symbolfigur, zur „Au-Mutter“, um welche sich die vielen jungen Aktivistinnen und Aktivisten scharten.

Die öffentliche Bekanntheit und Popularität, die sie insbesondere im Kampf gegen das Donaukraftwerk Hainburg erlangt hatte, machten den Achtungserfolg möglich, den sie, in einer noch von geringer Wählervolatilität geprägten politischen Landschaft, bei der Bundespräsidentenwahl des Jahres 1986 errang. Sie hatte gezögert, zur Wahl anzutreten, hatte sie doch bis dahin niemals eine politische Funktion ausgeübt oder angestrebt. Die Kandidatur des deutschnational eingestellten FPÖ-Politikers Otto Scrinzi hatte sie dann doch dazu bewogen anzutreten, um zu verhindern, dass er die einzige Wahlalternative zu den Kandidaten der beiden Großparteien SPÖ und ÖVP darstellen würde. Aus der SPÖ, der sie nach der Heirat mit Paul Blau beigetreten war, war sie 1985 wieder ausgetreten.

Auch beim zumindest weitgehend geeinten Antreten der Grünen bei der Nationalratswahl im gleichen Jahr – lediglich in Wien kam es zu einer grünalternativen Gegenkandidatur – stand Freda Meissner-Blau an der Spitze der Wahlpartei. Ohne die integrative Kraft ihrer Persönlichkeit wäre es wohl kaum möglich gewesen, die sowohl ideologischen als auch persönlichen Gegensätze zwischen den beiden größeren politischen Parteien der grünen politischen Bewegung, VGÖ und ALÖ, zu überwinden. Dass diese Gegensätze tatsächlich nicht nachhaltig überwunden waren, zeigte sich insbesondere, als bei der Wiener Landtags- und Gemeinderatswahl 1987 die VGÖ gegen die mittlerweile im Februar 1987 gegründete neue politische Partei der „Grünen Alternative“ antrat, was zur Spaltung des Grünen Klubs im Parlament durch Ausschluss des VGÖ-Bundesvorsitzenden Josef Buchner führte. Mittelfristig

gelang es der „Grünen Alternative“ aber, alle konkurrierenden Kräfte der grünen politischen Bewegung, insbesondere die VGÖ, zu verdrängen; nur kurzfristig gelang es in den Jahren 2017 bis 2019 einer vom vormaligen grünen Abgeordneten Peter Pilz gegründeten Partei, die zuletzt die Bezeichnung „JETZT“ annahm, anstelle der etablierten Grünen in den Nationalrat einzuziehen.

Freda Meissner-Blau fühlte sich freilich nicht als Parteipolitikerin. Ihre politische Heimat waren die Bürgerinitiativen, die Bürgerbewegungen, die „Graswurzelbewegungen“. Und so zog sie sich nach zwei Jahren sowohl von der Klubführung als auch von ihrem Nationalratsmandat zurück, ein wenig enttäuscht davon, was sie im Parlament tatsächlich bewirken konnte, aber auch gesundheitlich beeinträchtigt durch die jahrelange intensive politische Arbeit. Dem Nationalrat hat Freda Meissner-Blau vom 17. Dezember 1986 bis zum 6. Dezember 1988 angehört. Selten hat eine Politikerin, die lediglich für eine zweijährige Periode Mitglied des Nationalrates gewesen ist, so nachhaltig zur Veränderung des österreichischen Parlamentarismus beigetragen. Die Grünen haben nicht nur das Erscheinungsbild des österreichischen Parlaments verändert – nicht unbedingt zur Freude von Freda Meissner-Blau haben sie zum Beispiel die bis dahin geltenden Bekleidungskonventionen abgelehnt –, sondern auch die parlamentarische Arbeitsweise modifiziert, geschäftsordnungsrechtliche Instrumente aktiviert, die bis dahin kaum genutzt worden waren, insbesondere aber, ermöglicht nicht zuletzt durch ständige Informationsflüsse von der politischen Basis, durch zahlreiche parlamentarische Anfragen und Anträge die parlamentarische Arbeit quantitativ und qualitativ intensiviert; auch das seither nicht mehr verschwundene aktionistische Element, insbesondere in der Kultur der parlamentarischen Plenarsitzungen, geht nicht nur auf die FPÖ, deren damaliger Bundesparteiobmann Jörg Haider den Nutzen von Schautafeln zur Visualisierung politischer Themen erkannt hatte, sondern in hohem Maße auch auf die Grünen zurück. Insgesamt wird dem österreichischen Parlamentarismus seit 1986 eine Verlebendigung attestiert, zu der die Grünen wesentlich beigetragen haben.

Ihr persönliches politisches Engagement hat Freda Meissner-Blau auch nach ihrem Ausscheiden aus ihrem Nationalratsmandat nicht erlahmen und sich darin auch nicht

durch eine 1999 notwendig gewordene Herztransplantation beeinträchtigen lassen. Bis zu ihrem Tod äußerte sie sich medial und publizistisch zu ihren politischen Anliegen, setzte sie sich gegen Umweltzerstörung und für Frieden und Menschenrechte ein.

Das Interview, das sie im Rahmen des parlamentarischen „Oral History“-Projekts am 8. Oktober 2015 gewährt hat, ist wohl das letzte ihres Lebens gewesen. Wenig später musste sie sich ins Spital begeben, und am 22. Dezember 2015 starb sie. Ihrem Enkel, der sich, so wie sie es getan hatte, als Umweltaktivist engagiert, hatte sie zuletzt gesagt: „Wir haben die Au gerettet, ihr müsst jetzt die ganze Welt retten.“



Der tschechoslowakisch-österreichische Schriftsteller Pavel Kohout mit Freda Meissner-Blau (1989)



Freda Meissner-Blau im Café Landtmann

Gespräch

am 8. Oktober 2015

Interviewer: Danke, Frau Abgeordnete, dass Sie uns für ein Gespräch zur Verfügung stehen.

Es ist jetzt fast dreißig Jahre her, dass Sie in den Nationalrat eingetreten sind – Dezember 1986, nach der damaligen Nationalratswahl, die erstmals eine Grüne Fraktion im Nationalrat möglich gemacht hat.

Wenn Sie sich an den Tag Ihrer Angelobung damals am 17. Dezember 1986 erinnern: Was ist Ihnen da in Erinnerung?

Freda Meissner-Blau: Das war unerhört aufregend, denn es war ja nicht so ganz sicher, dass wir ins Parlament kommen sollten. Tatsächlich habe ich überhaupt nicht daran gedacht, aber ich selbst hatte sozusagen als Versuchskaninchen die letzten Präsidentschaftswahlen¹ mitgemacht, und da hatte ich fünfeinhalb Prozent. Und eines Tages spazierte ich über den Ballhausplatz, und da kam der Pressechef vom Herrn Präsidenten heraus und sagte: „Oh, Frau Meissner-Blau, Sie haben ja genug Prozente, um ins Parlament zu gehen.“ Ich sagte: „Ach so?“, und das hat sich irgendwie ‘rumgesprochen, und dann bin ich bestürmt worden, das auch zu machen.

Und ich war eigentlich sehr skeptisch. Das muss ich ganz ehrlich sagen, denn ich habe die Meinung vertreten, „eine Bürgerbewegung bewegt sich“ und steht nicht auf tönernen Füßen, ist nicht überprüfbar, das können einmal viele sein, das können einmal weniger sein, man weiß nicht genau, was die Absichten sind. Das ist viel effektiver, als zu einer Partei zu werden, die, wie gesagt, zählbar, überprüfbar und jederzeit kontrollierbar ist und die eigentlich nicht dieselbe Form der Phantasie entwickeln kann – und der Aktivitäten vor allem – wie eine Bürgerrechtsbewegung, der ich ja zugehörte oder mich zugehörig fühlte.

1 | Freda Meissner-Blau, durch ihr Engagement für die Rettung der Hainburger Donauauen österreichweit bekannt geworden, kandidierte für die Bundespräsidentenwahl am 4. Mai 1986 und erreichte fast 260.000 Stimmen, was 5,5 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen entsprach. Im 2. Wahlgang am 8. Juni 1986 wurde Kurt Waldheim zum Bundespräsidenten gewählt.

Aber dann bin ich so bestürmt worden, dass das die Gelegenheit ist, einen Fuß ins Parlament zu bekommen, um die Gesetze zu beeinflussen. Und die damalige Idee war ja, der parlamentarische Teil der Bewegung ist dann das Stützbein und die Bürgerinitiativen² sind die Spielbeine. Es ist nie so geworden, aber die Idee hat natürlich eingeleuchtet, und ich konnte mich nicht ganz verwehren. Nur hatte ich persönlich mit dieser Präsidentschaftskampagne eigentlich genug. Ich war froh, dass ich wieder nach Hause gegangen bin und mein normales Leben geführt habe. Und jetzt hieß es: wieder, noch einmal!

Und mein Mann³ hat mich gewarnt. Er hat gesagt: „Freda, du hast eine zu dünne Haut für das Geschäft. Überlege dir das gut. Ich glaube nicht, dass du die Person bist, die robust genug ist, um eine neue Partei ins Parlament zu führen, die dann wirklich die Arbeit dort machen wird, mit allen Intrigen, die passieren“, wie wir ja wissen, „und Schwierigkeiten und Anfeindungen, besonders als Newcomer.“

Nun, er hatte natürlich recht, aber ich habe mich verpflichtet gefühlt, es für die Sache zu machen. Ich habe mir gedacht: Aha, das ist dann doch eine Plattform für unsere dringenden ökologischen Anliegen. Wir brauchen eine g'scheite Energiepolitik, wir brauchen eine g'scheite Verkehrspolitik, wir brauchen, wir brauchen, wir brauchen ... wir müssen weg von der Intensivlandwirtschaft usw. Und das war eigentlich dann meine Motivation, ich habe aber gleich gesagt, ich glaube nicht, Kinder, dass wir da lange dabei sein werden.

2 | Ehe sich die politische Bewegung der Grünen als politische Partei konstituierte, manifestierte sie sich vor allem in zahlreichen Bürgerinitiativen, also kleineren Gruppen von Menschen, die – häufig auf kommunaler Ebene – konkrete umweltpolitische Anliegen verfochten. Von dieser Organisationsform der Bürgerinitiative zu unterscheiden ist das parlamentarische Instrument der Bürgerinitiative gemäß §§ 100 ff. des Geschäftsordnungsgesetzes: dabei handelt es sich um ein dem Nationalrat schriftlich unterbreitetes Anliegen, das von mindestens 500 österreichischen Staatsbürgerinnen oder Staatsbürgern unterstützt worden ist.

3 | Paul Blau (1915–2005), seit 1970 mit Freda Meissner-Blau verheiratet, war Journalist und Publizist, u. a. Herausgeber der Zeitschrift „Arbeit und Wirtschaft“ des Österreichischen Gewerkschaftsbundes und von 1967 bis 1970 Chefredakteur der „Arbeiter-Zeitung“, des Parteiorgans der SPÖ.

Und da passierte gleich mein erstes Golgotha. – Unsere Idee war, dass wir ein Reißverschlussystem haben: Frauen – Männer, Männer – Frauen, immer abwechselnd, um endlich einmal die Frauenfrage auch aufs Tapet zu bringen. Und das ist ganz dramatisch gescheitert, denn die klugen Herren haben sich alle ..., also, es gab die Landeslisten, jeder hatte frei so eine Landesliste zu machen, und das haben sie wohl dann eingehalten, haben aber immer zuerst einen Mann und dann als zweite eine Frau gesetzt. Und nachdem höchstens einer reingekommen war und nicht in allen Ländern, stand ich plötzlich mit sieben Männern⁴ da. Und das war für mich eine solch innere Blamage, aber auch eine äußere, also das war schon einmal der erste Holperstein. Und da habe ich meine Herren Kollegen aufgefordert, doch einmal zurückzutreten, und da gab es einen großen Sturm, denn sie waren unverzichtbar, haben einige gefunden. Und ich habe gesagt, nach zwei Jahren sollen sie sich ablösen und mitgehen mit der jeweiligen Frau, sozusagen als Referent. Aber das wurde nicht akzeptiert, trotzdem sich alle als große Feministen kundgetan haben im Verbalen, wie das so ist. Und so war es dann eben.

Nun war ich also mit sieben zum Teil jungen, zum Teil gleichaltrigen Herren – Herbert Fux⁵ war sogar ein wenig älter als ich –, aber im Großen und Ganzen war es eine junge Gruppe. Und das war auch meine Idee, dass eine phantasievolle junge Gruppe kommt, denn – das muss ich jetzt sagen –: Bis dahin hatten wir ja einen Drei-Parteien-Parlamentarismus⁶, und von den drei Parteien waren damals noch

4 | Dem Grünen Parlamentsklub gehörten neben Freda Meissner-Blau am 17. Dezember 1986, zum Zeitpunkt der Konstituierung des neu gewählten Nationalrates, folgende Mitglieder an: Josef Buchner, Herbert Fux, Walter Geyer, Peter Pilz, Karl Smolle, Manfred Srb und Andreas Wabl.

5 | Herbert Fux (1927–2007) war vielbeschäftigter Schauspieler und engagierte sich seit 1977 politisch mit einer „Bürgerliste“ in Salzburg für die Rettung der Salzburger Altstadt. Er war Gründungsmitglied der Vereinten Grünen Österreichs (VGÖ) und gehörte dem Nationalrat von 1986 bis 1988 sowie von 1989 bis 1990 an.

6 | Von 1959 bis 1986 gehörten dem Nationalrat Abgeordnete der drei Parteien ÖVP, SPÖ und FPÖ (ursprünglich VdU) an. Diese Konstellation wurde von dem Historiker Adam Wandruszka auch zum Anknüpfungspunkt für seine sogenannte „Lagertheorie“ genommen, welche diese drei Parteien auf drei politische „Lager“ zurückführte, die sich in der Spätzeit der Monarchie gebildet und auch die Politik der Zwischenkriegszeit bestimmt hatten. Da die FPÖ strukturell kleiner war als ÖVP und SPÖ, sprach der

zwei groß und stark und hatten das Land in der Hand und die so genannte Opposition wollte in vieler Hinsicht dasselbe, halt oppositionell, um sich bemerkbar zu machen. Und das war ein System geworden, das nach meinem Gefühl, die ich den französischen und den englischen Parlamentarismus gewöhnt war, ein recht petrifiziertes System war – es bewegte sich nicht. Man wusste, die zwei Großen entscheiden, und die anderen bellen ein bisschen. Das war damals eigentlich die Situation.

Und die Idee, da frischen Wind reinzubekommen und lebendiger zu werden, ein lebendigerer Parlamentarismus, das war mir schon sehr nahe. Als überzeugte Republikanerin und überzeugte Demokratin war das eigentlich ein Hoffnungsschimmer. Es ist nicht wirklich so geworden, aber doch ... Das war eine gemischt junge Gruppe, die zum Aktionismus neigte. Das war bis zu einem gewissen Grad nicht willkommen im Parlament, das war ein gewisser Schock. Mir ging es manchmal auch zu weit, das muss ich ganz ehrlich sagen, aber ich musste ja die Kollegen decken, das war als Vorsitzende meine Pflicht und Aufgabe.

Da war schon eine gewisse Kritik auch öfters innerparteilich, ich mochte zum Beispiel nicht das Laisser-aller in der Kleidung, diese Schlampigkeit. Das ist das Hohe Haus für mich, es ist ein würdiges Haus, es sind Menschen gestorben, um hier wählen zu dürfen, um eine Demokratie zu haben, und da bin ich natürlich der Meinung gewesen, dass ein respektvolles Auftreten korrekt wäre. Aber, das sind eben die Youngsters gewesen, die haben andere Ideen gehabt, haben am Anfang sicher einen belebenden – das will ich gar nicht in Abrede stellen –, aber doch ziemlich prononcierten Aktivismus an Tag gelegt.

Ich erinnere an die kleine Geschichte von Wabl⁷, mit der Hakenkreuzfahne schwenkend. Ich war wegen einer Herzgeschichte auf Reha geschickt worden und musste sofort nach Wien kommen: großes Drama. Und jetzt stand ich natürlich vor der Auf-

Politikwissenschaftler Anton Pelinka auch von einem „Zweieinhalbparteiensystem“. Mit dem erstmaligen Einzug der Grünen in den Nationalrat wurde diese Konstellation nachhaltig durchbrochen.

7 | Andreas Wabl (*1951) gehörte dem Nationalrat von 1986 bis 1999 an und war von 1988 bis 1990 Klubobmann der Grünen.

gabe, das zu erklären, wie das gemeint war, dass das absolut nicht in faschistoider Idee war, sondern ganz im Gegenteil: Der Herr Wabl wollte zeigen, in was für einer Wehrmacht oder unter was für einem Regime gedient worden ist von unserem Herrn Bundespräsidenten. Das wurde halb akzeptiert, sagen wir so, aber das war schon für mich eine exzessive Sache. Das war schon heikel, das ist schon an eine gewisse politische Substanz gegangen. Aber, wie gesagt, meine Aufgabe war, es zu rechtfertigen – und ich tat es. Das war so ein typischer Anfangsknaller.

Es wurde nach und nach besser, aber es war immer noch ziemlich wirr bei uns, denn wir waren uns ja gar nicht einig, was wir wollten. Theoretisch waren wir – wie hieß das? – „solidarisch“ oder unter was für Vorzeichen wir gearbeitet haben – „solidarisch, feministisch, demokratisch“. Also, gar so solidarisch war es nicht, denn jeder hatte eigene Interessen. Ich hatte darauf bestanden, dass wir möglichst, wenn es sich mit den Mandaten ausgeht, einen Minderheitensprecher haben. Na, der war natürlich an den Minderheiten interessiert. Und ein anderer war ausschließlich interessiert daran – das war Herr Abgeordneter Fux –, dass die Bürgermeister in den Gemeinden nicht so viel Macht haben, wie sie haben. So hat jeder seine Ziele verfolgt, und meine waren halt ökologische Ziele, und ich hatte gehofft, dass wir als Gruppe dafür eintreten. Aber das war und konnte vielleicht nicht allgemeines Interesse sein, sondern das war eher ein verbales Interesse, aber um die Sachfragen musste ich mich kümmern zusammen mit Herrn Abgeordneten Buchner⁸. Und da gab es ja dann nach einem Jahr einen Eklat, weil der Abgeordnete Buchner in den Augen meiner Kollegen zu konservativ in anderen Fragen war und die proklamiert hat.

Das ist schrecklich, das hat immer einen schlechten Effekt, wenn Menschen eine Sa-

8 | Josef Buchner (*1942) gehörte dem Nationalrat von 1986 bis 1987 als Mitglied des Grünen Klubs und danach bis 1990 ohne Klubzugehörigkeit an. Er war Bundesvorsitzender der Vereinten Grünen Österreichs (VGÖ), die in einem Wahlbündnis mit der Alternativen Liste Österreichs (ALÖ) bei der Nationalratswahl 1986 die Wahlpartei „Die Grüne Alternative – Liste Freda Meissner-Blau“ gebildet hatten. Als die VGÖ bei den Wiener Landtags- und Gemeinderatswahlen 1987 gegen die Grüne Alternative kandidierten, wurde er aus dem Grünen Parlamentsklub ausgeschlossen, später konzentrierte er sich auf die Kommunalpolitik in seiner Heimatgemeinde Steyregg, als deren Bürgermeister er von 1997 bis 2012 fungierte.

che um ihres Ideals willen verfolgen, und dann doch überhaupt nicht darauf schauen, wer zahlt oder wer unterstützt uns. Das war unsere Angelegenheit und unser Ideal, für das wir einstanden. Und in dem Moment, in dem es nach einem Jahr Geld gab, fingen auch gewisse Zwiste an, dann hieß es: Ja, wir sind eigentlich drei Gruppen, die damaligen drei Grün-Gruppen, die VGÖ⁹, die ALÖ¹⁰, und davon wieder zwei Gruppen, eine linksradikalere, die sich vielleicht durch Marxisten auszeichnete, und eine gemäßigtere, wie sie Christoph Chorcherr¹¹ zum Beispiel repräsentierte, der gehörte auch zur ALÖ, AL-Wien, aber die waren auch schon wieder getrennt, wie das bei den Linken immer ist – die trennen sich, bis jeder mit sich allein ist und dann der Perfekte ist. (Heiterkeit.) Ich sage das so, wie es mir einfällt. Aber, wie gesagt, nach einem Jahr legte sich das Ganze, der Aktionismus bekam einen zivilisierten Ausdruck mit Taferln und solchen Geschichten.

9 | Die Vereinten Grünen Österreichs (VGÖ) bestanden als politische Partei von 1982 bis 1996. Nach dem Scheitern bei der Nationalratswahl 1983 wurde der Geologe Alexander Tollmann als Bundesvorsitzender von Josef Buchner abgelöst. Gemeinsam mit der Alternativen Liste Österreichs (ALÖ) bildeten die VGÖ bei der Nationalratswahl 1986 das erfolgreiche Wahlbündnis „Die Grüne Alternative – Liste Freda Meissner-Blau“, schlossen sich aber größtenteils nicht der 1987 als politische Partei konstituierten Grünen Alternative an und kandidierten noch zwei Mal bei Nationalratswahlen: 1990 wurden noch rund 2 Prozent, 1994 nur noch rund 0,1 Prozent der Stimmen erreicht. Die während des Wahlkampfes 1994 aufgenommenen Schulden führten zum Konkurs und zur amtlichen Auflösung der Partei.

10 | Die Alternative Liste Österreichs (ALÖ) wurde 1982 von linken, basisdemokratisch orientierten Aktivisten und Aktivistinnen gegründet und kandidierte erfolglos bei den Nationalratswahlen 1983. Als bei den auf 23. November 1986 vorverlegten Nationalratswahlen eine gemeinsame Grüne Wahlpartei gebildet werden sollte, schloss sich der gemäßigte Flügel der ALÖ mit den VGÖ unter der Bezeichnung „Die Grüne Alternative – Liste Freda Meissner-Blau“ zusammen, während der linke Flügel – freilich nur im Wahlkreis Wien – selbstständig unter der Bezeichnung „Die Grünalternativen – demokratische Liste (GAL)“ zur Wahl antrat, aber nur einen geringen Stimmenanteil erhielt. 1987 ging die ALÖ in der neu konstituierten politischen Partei der „Grünen Alternative“ auf.

11 | Christoph Chorcherr (*1960) war als Klubsekretär und Referent für Wirtschafts-, Energie- und Verkehrspolitik am Aufbau des Grünen Parlamentsklubs ab 1986 beteiligt. Nach seinem Wechsel in die Wiener Landespolitik war er von 1991 bis 1996 nicht amtsführender Stadtrat und von 1997 bis 2019 Mitglied des Wiener Landtages und Gemeinderates; dort von 1997 bis 2004 auch Klubobmann der Grünen.

Und eigentlich hatte ich ja vor, mich nach einem Jahr zu verabschieden, hatte das auch den Kollegen gesagt. Aber damals war eben dieser Bruch, und wir verloren Buchner, der wurde aus unserer Gruppe herausgedrängt und war dann Einzelabgeordneter¹² und konnte gar nichts mehr ausrichten und ging dann auch. Und in diesem Zwist konnte ich nicht gehen, da wusste ich, da bricht es auseinander. Und da bin ich halt noch ein Jahr geblieben, und dann kam der Lucona-Prozess¹³, und da haben sich die Grünen zum ersten Mal bewähren können und taten es auch. Und da war ich dann sehr erleichtert und habe mich verabschiedet.

Nun komme ich zum Parlamentarismus. Das ist jetzt die persönliche Geschichte gewesen. Was das Parlament betrifft, da hatte ich auch eine gewisse Blauäugigkeit, denn ich hatte mir gedacht mit meinen republikanischen Ideen, wenn man nur gut genug arbeitet im Parlament, wenn man gut recherchiert, eine Beweisführung, eine evidente Beweisführung vorlegt, dann muss man die Köpfe und die Herzen überzeugen. – Meine Idee. Und das habe ich, glaube ich, in meiner Jungfernansprache schon auch genau gesagt und musste dann lernen, bei den ersten Waldanfragen und solchen großen Arbeiten, ich musste dann lernen, dass es ein kindlicher Irrtum gewesen ist: die Parteien entscheiden nach den Parteieninteressen oder doch nicht, ob das richtig ist oder falsch, was die Opposition sagt. Und das war schon auch irgendwo ein herber Schlag.

12 | Abgeordneten ohne Klubzugehörigkeit räumt die Geschäftsordnung des Nationalrates nur wenige Rechte ein: neben dem Recht, in den Plenarsitzungen das Wort zu ergreifen und abzustimmen, haben sie grundsätzlich zwar die Möglichkeit, an Ausschusssitzungen teilzunehmen, können dort aber nur auf Beschluss des Ausschusses mit beratender Stimme sprechen. Für die Einbringung von Instrumenten wie Anträgen oder Anfragen benötigen sie die Unterstützung weiterer Abgeordneter.

13 | Der Untergang des Frachtschiffs „Lucona“ im Indischen Ozean am 23. Jänner 1977 beschäftigte jahrelang die österreichische Justiz und Politik. Der Strafprozess gegen den Wiener Kaffeehausbetreiber Udo Proksch, der das Schiff gechartert hatte, endete 1992 mit einem Schuldspruch wegen sechsfachen Mordes und seiner Verurteilung zu lebenslanger Haft; Proksch hatte die Versenkung des Schiffes vorbereitet, um einen Versicherungsbetrug zu begehen. Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss ging 1988–1989 der Verwicklung von Politikern in die Affäre nach und führte zum Rücktritt des Präsidenten des Nationalrates Leopold Gratz und des Bundesministers für Inneres Karl Blecha.



(v. li.) Bundespräsident Kurt Waldheim mit Freda Meissner-Blau (1986)



Die Grünen erklären bei einer Pressekonferenz in Wien am 14. Mai 1987 ihre Beweggründe für eine Protestaktion gegen das Ungarische Donaukraftwerk Nagymares, (v. li.) Nationalratsabgeordnete Peter Pilz, Freda Meissner-Blau, Walter Geyer und Andreas Wabl

Ich erinnere mich zum Beispiel, als ich nach einem wirklich für mich unglaublichen Misserfolg ... da hatte ich 60 Anfragen an den Bundeskanzler¹⁴ gestellt über das Waldsterben¹⁵ und was geschehen müsste, und ich hatte sechs Wochen die Nächte daran gearbeitet, habe alle Experten gefragt, habe alle Bürgerinitiativen gefragt, und habe so das Gefühl gehabt, jetzt hast du eine gute Arbeit geleistet, und habe das Ganze vorgebracht – wirklich mit Herzblut, muss ich sagen, damals noch. Ich wollte da etwas erreichen, denn das war die Zeit, als wirklich noch die österreichischen Wälder zu sterben drohten. Und als ich nach aller Anstrengung – der Herr Bundeskanzler war sicher verärgert, dass diese dumme Newcomerin 60 Fragen stellt und ihn so aufhält; das war alles sehr unklug und naiv, aber die Anfragen waren gut – endlich vom Podium stieg, war ein ganz schwacher Applaus von meinen nunmehr auf fünf geschrumpften Abgeordneten, und sonst war Totenstille. Und ich schlich wie ein geprügelter Hund auf meinen Sitz. Und so langsam spürte ich ... Hoppla, wenn du jetzt eine Träne verlierst, Freda, dann bist du erledigt.

Und ich bin hinausgegangen in den Wandelgang – und das war ein erster großer Unterricht, den ich im Parlamentarismus bekommen habe –, ich ging also hinaus, um mich zu fangen, meine Enttäuschung war groß, weil ich geglaubt habe, ich habe jetzt eine Waldrevolution angezündet – nichts war passiert! –, und es kamen drei ÖVP-Abgeordnete aus der Steiermark, und die sagten: „Frau Kollegin, das war aber eine ausgezeichnete Arbeit, die Sie gemacht haben.“ Darauf sagte ich: „Ja, warum haben Sie dann alle dagegen gestimmt?“ Und da schauten sie mich noch überraschter an und sagten: „Ja, aber Sie sind doch von der Gegenpartei!“ Da habe ich mir gedacht, na, wenn das so ist, eigentlich ist das nicht das, was ich mir unter lebendigem Parlamentarismus gedacht habe, und war sehr enttäuscht, aber ich habe es geschluckt und habe gesagt: Siehst du, es wird nach Parteiinteressen entschieden und nicht nach irgendwelchen Idealen von irgendwelchen umweltbesessenen Menschen wie uns und nach ihren Vernunftsgründen und ihrem Klientel und nicht nach den

14 | Franz Vranitzky (*1937), 1984–1986 Bundesminister für Finanzen, 1986–1997 Bundeskanzler.

15 | Die Dringliche Anfrage der Abgeordneten Freda Meissner-Blau und Genossen betreffend Waldrettung und Arbeitsplatzsicherung (280/J-XVII. GP) vom 8. April 1987 umfasste 20 Einzelfragen, zum Teil mit Untergliederungen.

Grünen Bürgerinitiativen. Ich habe das hingenommen, ich habe es begriffen, aber ich war schon ein bisschen gedämpft – aha, so ist das.

Dann kam ein zweites Jahr, wie gesagt, und man lernte, man lernte, man lernte, und ich bin mit der Geschäftsordnung unter dem Kopfkissen ins Bett gegangen, aber Herr Präsident Fischer – nein, damals war noch, glaube ich, Gratz¹⁶ Präsident, aber dann wurde es Fischer –, der konnte natürlich die Geschäftsordnung viel besser als ich, denn er hatte sie ja mitbearbeitet, wie ich mir sagen ließ. Wir hatten viel zu lernen. Und das ist mir klar geworden: ein bis zwei Jahre dauert es, um eingearbeitet zu sein und um die Routine zu kennen, um die Beamten zu kennen, um Informationen zu bekommen – das ist kein Kinderspiel! Und Leute, die denken, sie kommen ins Parlament zu sechst oder zu fünft und zünden die Weltrevolution an, also, das gibt es nicht, das geht ganz anders. Und das mussten wir auch lernen.

Und als es dann mit der Lucona-Sache gut ging, habe ich gesagt: Gut, ich habe ja nicht vor, Berufspolitikerin zu werden, und ich habe keine Ambitionen, einmal Ministerin oder Staatssekretärin zu werden, das war nicht in meiner Lebensplanung, und habe mich verabschiedet, und zwar auch aus einer gewissen parlamentarischen Enttäuschung heraus, das sage ich jetzt hier so frei, denn dieser – den ich inzwischen auch begriffen habe – Zwang, dieser Abstimmungszwang, der existierte nicht bei den Grünen, das habe ich gleich von vornherein klargestellt: Wir entscheiden nach unserem Gewissen und unseren Überzeugungen. Aber so ganz haben sie es auch nicht mehr, es gibt auch eine gewisse Disziplin, Parteidisziplin, aber bei den anderen war es so klar, dass man da nicht darüber hinwegkommt. Und das hat eigentlich mein Interesse an einer zielgerichteten und erfolgreichen Arbeit im Haus doch gedämpft.

16 | Leopold Gratz (1929–2006), zunächst Klubsekretär im SPÖ-Parlamentsklub, dann Zentralsekretär der SPÖ, von 1963 bis 1966 Mitglied des Bundesrates, danach bis 1973 Abgeordneter zum Nationalrat, war 1970 bis 1971 Bundesminister für Unterricht bzw. für Unterricht und Kunst und hatte von 1971 bis 1973 als geschäftsführender Klubobmann des SPÖ-Klubs eine zentrale parlamentarische Funktion ausgeübt, ehe er 1973 das Amt des Landeshauptmanns und Bürgermeisters von Wien übernahm, das er bis 1984 bekleidete. Dann trat er als Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten in die Bundesregierung Sinowatz ein und kehrte 1986 in den Nationalrat zurück, als dessen Präsident er bis zur Zurücklegung seines Mandats im Jahr 1989 fungierte.

Ich habe gedacht, es ist ja kein Platz für andere Ideen.

Und wir haben ja erlebt, ich erinnere mich an den Rupert Gmoser¹⁷, der ein Aufrührer war, den ich sehr mochte, den ich bewundert habe, in seiner Art, in seiner bärtigen und gütigen Art, und an die Ablinger¹⁸. – Wehe, wehe, wehe, wenn du aus der Reihe springst! Und da habe ich mir gedacht, na, da bin ich aber viel besser dran als Bürgerinitiativlerin. Denn, Herr Doktor: Zwentendorf¹⁹ hätten wir nie im Parlament verhindert! Als ich das begriffen habe, da war mir sofort klar, da hätten wir Kopf stehen können, da war keine Chance, da waren die Interessen an vorderster Stelle; das konnten wir nur von der Straße her. Da habe ich mir gesagt: Nein, ich kann woanders nützlicher sein, und habe mich verabschiedet von dieser Art Parlamentarismus, die meiner Meinung nach nicht frei genug war.

Ich hatte das Glück gehabt, eingeladen zu sein im House of Commons, und habe diese aufregenden Diskussionen miterlebt, wo sie sich fast physisch angegangen sind, das war so aufregend und unglaublich wild. So habe ich es mir eigentlich mehr vorgestellt. Da war schon auch eine gewisse Enttäuschung über diesen ordnungsgemäßen Gang. Und ich habe mich als Person verabschiedet.

17 | Rupert Gmoser (1931–2008) gehörte 1978–1979 dem Bundesrat und 1979–1994 dem Nationalrat als Vertreter der SPÖ an. Er leitete die Otto-Möbes-Volkswirtschaftsschule der Kammer für Arbeiter und Angestellte für die Steiermark und galt als „Vordenker“ der SPÖ.

18 | Sonja Ablinger (*1966) war von 1996 bis 1999 sowie von 2007 bis 2013 Abgeordnete zum Nationalrat. In Oberösterreich fungierte sie als Landesfrauenvorsitzende der SPÖ. Aus dieser Funktion trat sie 2014 nach einer parteiinternen Auseinandersetzung um die Nachbesetzung des Nationalratsmandates der verstorbenen Präsidentin des Nationalrates Barbara Prammer zurück, im Folgejahr aus Protest gegen die Bildung der Regierungskoalition von SPÖ und FPÖ im Burgenland aus der SPÖ aus.

19 | Die politische Auseinandersetzung um die Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Zwentendorf war ein wichtiger Schritt in der Herausbildung der grünen politischen Bewegung in Österreich. Nach öffentlichen Protesten gegen das Kraftwerk hatte Bundeskanzler Bruno Kreisky in der Erwartung, dadurch die Bundesregierung von der politischen Verantwortung für die Inbetriebnahme zu entlasten, eine Volksabstimmung über diese Frage durchgesetzt, die am 5. November 1978 stattfand. Dabei lehnten 50,47 Prozent der Abstimmenden bei einer Stimmbeteiligung von 64,1 Prozent die Inbetriebnahme ab, woraufhin der Nationalrat am 15. Dezember 1978 das Bundesgesetz über das Verbot der Nutzung der Kernspaltung für die Energieversorgung in Österreich verabschiedete.

Ich muss ja gestehen, es war ja nie meine Idee, Karriere zu machen hier oder sitzen-zubleiben und eine Prachtpension zu kriegen. Ich habe gesagt: „Grüne sitzen nicht für Pensionen!“ Und: „Wir gehen nach vier Jahren!“ – was ein Blödsinn ist, weil man nach vier Jahren erst wirklich begriffen hat, was Parlamentarismus ist. Aber nach acht Jahren kann man gehen, bevor man die Pension ersessen hat²⁰. Ich war die einzige, die das eingehalten hat, und habe es nie bedauert, das erlebt zu haben.

Ich bin sicher reifer geworden, ich habe die Welt besser verstanden nachher, ich habe auch Abstriche gemacht von meinen Ideen und habe die Theorie des Parlamentarismus genauso hoch geachtet, als ich gegangen bin, wie meine Hoffnungen waren, als ich gekommen bin. Ich habe allerdings in meiner Abschiedsansprache vor der Presse gesagt, dass die Vorentscheidungen, die hinter gut gepolsterten Türen passieren, die nicht im Hause stattfinden, sondern ganz woanders, mir eigentlich die Freude am Parlamentarismus auch genommen haben. Das habe ich ehrlich gesagt, und das ist so stehengeblieben – bei aller Achtung für die Idee des Parlamentarismus. Ja, das ist jetzt meine persönliche Geschichte gewesen, aber Sie werden wahrscheinlich mehr Theorie wissen wollen.

Interviewer: Ich danke Ihnen einmal ganz herzlich für diesen faszinierenden Tour d’Horizon durch Ihre Erfahrungen, und natürlich möchte ich viel nachfragen, ich darf vielleicht gleich am letzten Punkt anknüpfen: Sie haben darauf hingewiesen, dass Sie die Theorie des Parlamentarismus, als Sie das Parlament verlassen haben, genauso hoch geschätzt haben wie zuvor, dass Sie aber von der Realität des Parlamentarismus enttäuscht waren. Jetzt gibt es diesen provokanten Satz, wenn eine Theorie nicht mit der Wirklichkeit übereinstimmt, umso schlimmer für die Wirklichkeit! Ist die Wirklichkeit falsch oder ist die Theorie falsch? Die Theorie des Parlamentarismus stammt aus dem 18., aus dem 19. Jahrhundert, als es nicht die Parteistrukturen gab,

20 | Bis zur Neuregelung der Politikerbezüge durch das Bundesbezügegesetz, BGBl. I Nr. 64/1997, hatten Mitglieder der Bundesregierung sowie des Nationalrates, des Bundesrates und der Landtage Anspruch auf eine sogenannte „Politikerpension“, die Regierungsmitgliedern nach vierjähriger, Mitgliedern parlamentarischer Körperschaften nach acht- bis zehnjähriger Funktionsdauer zustand und bis zu 80 Prozent des Letztbezuges betrug. Seit 1997 verbleiben Politiker in jenem Pensionsvorsorgesystem, in welchem sie sich entsprechend ihrer bisher ausgeübten Tätigkeit befinden.

die es heute gibt, als es nicht die gesellschaftlichen organisierten Interessen gegeben hat, die es heute gibt. Braucht der Parlamentarismus eine neue Theorie oder muss er zurückkehren zu der Theorie des 18. und des 19. Jahrhunderts? Wäre sie dem heutigen gesellschaftlichen System noch angemessen?

Freda Meissner-Blau: Das ist jetzt sehr schwierig, was Sie mir aufgeben. Denn ich bin auch eine vielleicht noch stärkere Befürworterin des Rechtsstaates. Und für mich ist zum Beispiel die Verfassung eine ganz wichtige Sache, und Kelsen²¹ ist für mich ein wichtiger Mann gewesen. Ob unsere Verfassung heute noch ganz adäquat ist, für die heutige Zeit, bezweifle ich bis zu einem gewissen Grad, ich bin aber nicht in der Lage, genau zu sagen, was eigentlich geändert, gelockert, verändert werden sollte. Aber dass ein Staat auf der Basis einer Verfassung regiert wird, das ist mir schon sehr lieb und tut mir weh für all die Länder, wo das nicht funktioniert, und wir sehen, was für ein Chaos daraus auch entsteht. Also, diese theoretische Grundlage ist, glaube ich, eine große Stärke, zu der würde ich weiterhin halten, wobei ich, wie gesagt, als Nicht-Verfassungsrechtlerin nicht in der Lage bin, genau zu sagen, was eigentlich jetzt modernisiert, verändert, unserem heutigen Leben angepasst werden sollte. Damals, als es eine Verfassungsänderung gab wegen der Taxis²², da habe ich mich schon geärgert, das habe ich nicht in Ordnung gefunden.

Ich habe Schwierigkeiten zu sagen: Die Theorie ist falsch. – Die Theorie wandelt sich, es ist eine Verwandlung notwendig. Nur möchte ich halt gerne, dass diese Verwandlung, soll sie stattfinden, durch unerhört kompetente Leute stattfindet, dass da nicht

21 | Hans Kelsen (1881–1973) gilt als Architekt der österreichischen Bundesverfassung. Als Professor an der Universität Wien erarbeitete er im Auftrag des Staatskanzlers Karl Renner eine Reihe von Verfassungsentwürfen und beriet den Unterausschuss des Verfassungsausschusses der Konstituierenden Nationalversammlung bei seinen Arbeiten am Entwurf des Bundes-Verfassungsgesetzes, das am 1. Oktober 1920 beschlossen wurde. Kelsen übte später Professuren in Köln, Genf und Prag sowie nach seiner Emigration in die USA in Berkeley aus. Als Rechtstheoretiker begründete er die „Reine Rechtslehre“.

22 | Die am 5. März 1987 vom Nationalrat beschlossene Änderung des Gelegenheitsverkehrs-Gesetzes, BGBl. Nr. 125/1987, war durch eine Verfassungsbestimmung gegen eine mögliche Aufhebung durch den Verfassungsgerichtshof wegen Verfassungswidrigkeit immunisiert. Diese legistische Praxis war bis dahin üblich gewesen, stieß aber zunehmend auf Kritik.

herumgebastelt wird, sondern wirklich mit einem Tiefgang die Theorie erst einmal angeschaut wird, wo sie veränderbar ist und verändert werden sollte. Dass sie dann gelebt wird, das ist Sache des Hauses, nicht? Ich sehe darin eigentlich kein Handicap, ich würde mir wünschen, dass man über die Verfassung einmal sehr gründlich wirklich mit Spitzenexperten – nicht nur Österreichern, sondern Verfassungsrechtlern generell ... ich habe in Italien zum Beispiel Verfassungsrechtler kennengelernt, die natürlich die italienische Verfassung mitkontrollieren und leben, aber die ein unerhörtes Wissen über Verfassungsideen haben, und das finde ich so spannend ...

Wenn wir wirklich jemals ein geeintes Europa haben, so wir das bekommen und so es nicht vorher sowieso zerbröselt, dann wäre das eine große Aufgabe, ein wirkliches Verfassungswerk als Grundlage für alle europäischen Länder in den Grundideen – was immer national notwendig ist, wird national gemacht –, aber nachdem die europäische Idee ja vom Nationalstaat weggeht, wäre das doch eine große, schöne Aufgabe. – Herrlich! Und da hätte ich Hoffnung für Europa, wenn man sich darauf einigen würde und nicht die nationalen Egoismen immer voranstellt, wie das ja jetzt passiert, in einer wirklich bedauernswerten Art und Weise. Und ich muss sagen, wenn ich das so schlampig sagen darf, in der „Brüsseler Mannschaft“, also in der Kommission und so weiter, da sind wenige Genies dabei, also da würde ich mir wirklich andere Köpfe wünschen, aber, wenn sie das zusammenbringen würden, eine einheitliche Grundverfassung für Europa, das wäre ein großer Schritt für ein Europa.

Interviewer: Weil wir gerade von Europa sprechen: Die Grünen waren ja in den 1980er Jahren und frühen 1990er Jahren der europäischen Integration gegenüber noch eher skeptisch eingestellt und sind dann zu überzeugten Europäern geworden, der Abgeordnete Voggenhuber²³ zum Beispiel hat das sehr deutlich verkörpert. Wie haben Sie diesen Wandel erlebt?

23 | Johannes Voggenhuber (*1950) hatte im Rahmen der Salzburger „Bürgerliste“ sein politisches Engagement begonnen und als Vorsitzender des sogenannten „Hainburger Einigungskomitees“ zur gemeinsamen Kandidatur der Grünen und Alternativen bei der Nationalratswahl 1986 beigetragen. Von 1990 bis 1996 war er Abgeordneter zum Nationalrat, 1990 bis 1992 auch Klubobmann der Grünen, von 1995 bis 2009 Mitglied des Europäischen Parlaments. Ursprünglich Kritiker des österreichischen EG- bzw. EU-Beitritts, entwickelte er sich zu einem Befürworter der europäischen Integration und wirkte u. a. in den Jahren 2002–2003 am Europäischen Verfassungskonvent mit.



Freda Meissner-Blau (2015, o. und 2012, re. u.)



Freda Meissner-Blau: Also Sie meinen meine ursprüngliche Skepsis?

Interviewer: Ja.

Freda Meissner-Blau: Ja, aber das ist aus Antimilitarismus bei mir gewesen. Wie ich gesehen habe, dass die NATO Europa überzieht, und zwar erschreckend schnell – ich war in Greenham Common²⁴, als die Amerikaner die Pershingraketen aufgestellt haben ... Herr Doktor, mir war nicht wohl dabei. Ich habe gesagt: Das ist schon wieder mit dem Feuer spielen! – die reichen genau bis Russland ... Na, das werden sich die Russen nicht gefallen lassen! – Sie haben es sich nicht gefallen lassen.

Ich kenne die russische Mentalität sehr gut, ich war fast 17 Jahre mit einem französisch-russischen Emigranten verheiratet und habe dadurch die Gelegenheit gehabt, die Empfindsamkeit der Russen kennenzulernen, wenn es an ihre Ehre und ihren Respekt geht. Und ich habe das nicht klug gefunden, da die Pershingraketen aufzustellen mit genau den Maßen, und dann fing die NATO im Süden an. Und da habe ich mir, gewiss auch etwas naiv, vorgestellt: Nein, Österreich darf da nicht hineingehen! Das war mehr NATO als EWG, gegen den Wirtschaftsraum kann man nichts haben, und ich habe mir vorgestellt, das bekenne ich jetzt offen, einen Block zu machen, nachdem die Schweiz auch nicht hineinwollte, einen Alpenblock zwischen NATO-Süd und NATO-Nord, so dass nicht ganz Europa NATO wird. Und da hätte ich gedacht, das ist ein Puffer, und das hätte ich gerne gesehen, und deshalb habe ich gesagt: Bitte, Österreich, nein! Aber das hatte mehr meine militärstrategischen Gründe als irgendwelche Ideologien.

Ich bin ja so uralt, dass ich die ganze Entstehung der EWG und nachher also alle Weiterentwicklungen, zum Teil in Frankreich, zum größten Teil in Frankreich, mit-

24 | Greenham Common in Berkshire, westlich von London, war seit 1941 ein Luftwaffenstützpunkt der britischen, seit 1943 der US-amerikanischen Luftwaffe. Als 1981 dort Marschflugkörper stationiert werden sollten, entstand aus einer Protestbewegung dagegen das „Greenham Common Women's Peacecamp“. Nach Ende des Kalten Krieges wurde der Luftwaffenstützpunkt aufgelassen.

beobachtet habe. Das hat mich brennend interessiert, nicht? Und Schuman²⁵, das ist mir alles noch so nahe ... Aber die ursprüngliche Idee war schon etwas anderes. Und mich hat natürlich immer gestört, das Schwergewicht auf Wirtschaft zu legen und doch jahrelang keine sozialen Fragen, keine ökologischen Fragen ... Heute sind sie in der EU besser als wir hier in Österreich, muss ich zur Schande bekennen, also zumindest in EU-Gesetzen beziehungsweise Vorschlägen.

Nachdem ich ein Kriegskind bin, habe ich den Warschauer Pakt und die NATO mit großer Skepsis beobachtet. Ich erinnere mich, als ich im brennenden Dresden stand, ich bin zufällig auf der Flucht vom Osten durchgekommen, gerade als im Februar '45 die schrecklichen Bombardierungen waren, und habe mir gesagt: Das darf nie wieder passieren! Das dürfen Menschen nicht Menschen antun, und es darf kein Militarismus mehr werden. Und ich werde nie vergessen, als wir in Köln – ich glaube, es war '49/'50 – ein internationales Frauentreffen ... da waren Amerikaner ... [...] und wir waren Tausende Frauen, die gegen Militarismus aufmarschiert sind, weil wir alle den Krieg miterlebt hatten. Das hat nichts genützt, die Kriegsindustrie ist stärker. Und all das musste ich ja erst einmal lernen, wo die Interessen liegen. Und wenn mir jemand von Kriegsarbeitsplätzen spricht, dann sage ich: das sind Kriegstodesplätze.

Und wie die Frauen unter Hitler Waffen in die Munitionsfabriken geschoben haben und den Tod der anderen vorbereiten mussten ... also da bin ich heute noch sehr sensibilisiert.

Interviewer: Sie haben also Ihre politische Aktivität, wenn man das so nennen darf, in Bürgerbewegungen begründet, in der Frauenbewegung, Sie haben in der ökologischen Bewegung in Österreich eine ganz zentrale Rolle gespielt, zum Beispiel im Kampf gegen Zwentendorf, im Kampf gegen das Donaukraftwerk Hainburg²⁶.

25 | Robert Schuman (1886–1963) setzte sich als französischer Außenminister und Ministerpräsident für die deutsch-französische Aussöhnung und für die europäische Integration ein. Mit dem nach ihm benannten „Schuman-Plan“ bereitete er die Schaffung der Montanunion als Vorstufe der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vor. Zum Abschluss seiner politischen Laufbahn wurde er 1958 zum ersten Präsidenten des neu gegründeten Europäischen Parlaments gewählt.

26 | Nach der politischen Bewegung gegen die Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Zwentendorf

Wie sind in Ihrer Erinnerung aus diesen Bürgerbewegungen dann letztlich politische Parteien, oder wie ist daraus eine politische Partei geworden? Die Grünen sind heute eine politische Partei wie die anderen auch.

Freda Meissner-Blau: Das ist eine sehr gute Frage: Wie wird aus Bürgerbewegungen eine Partei? Ich habe das zweimal miterlebt, einmal in Deutschland, ich war sehr befreundet mit der Petra Kelly²⁷, wenn Sie sich erinnern, da war ich immer eingeladen, seinerzeit in Bonn, in Nürnberg, und habe das miterlebt, wie das Werden einer Partei aus Bürgerbewegungen passiert ist – mit Kampf und Streit, ganz einfach, im Chaos. Das Bewegen entsteht vorerst im Chaos, in Interessenauseinandersetzungen, eigentlich wie es auch im Parlament ist, und mit nächtelangen Diskussionen und Streitereien. Und dann kommt es meistens zu einem kritischen Punkt, da ist also links/rechts und extremer und Leute, die ein klares, ich nehme an, ökologisches Ziel haben. Also, diese drei Gruppen gibt es, und da auf einen Nenner zu kommen ist fast unmöglich, aber es gelingt, indem die Extremen sowieso gegen die anderen sind – nur haben wir nie Rechtsextreme gehabt, das muss ich gleich sagen, also weit rechts ist nicht zu uns gekommen: Es waren die Moderaten, es waren die ganz Braven, die wir „die Papierklauber im Wienerwald“ genannt haben, und die mit klaren Vorstellungen,

war der Kampf gegen die Errichtung des Donaukraftwerks Hainburg und die damit verbundene Zerstörung von Donauauen unterhalb Wiens der zweite österreichweit medial wirksame Schritt zur Formierung einer gesamtösterreichischen Grünbewegung. Nach Ende der behördlichen Genehmigungsverfahren begann die Österreichische Donaukraftwerke AG im Dezember 1984 bei Stopfenreuth mit den Rodungsarbeiten für den Kraftwerksbau, was zur Besetzung der Stopfenreuther Au durch Hunderte Aktivistinnen und Aktivisten und zur Einstellung der Rodungen führte. Unter dem Druck der Aubesetzung und von Demonstrationen in Wien stoppte die Bundesregierung am 21. Dezember 1984 die Rodungen. Die Besetzung dauerte bis Anfang Jänner 1985 an, als der Verwaltungsgerichtshof weitere Rodungen bis zum Abschluss des laufenden Beschwerdeverfahrens untersagte. Am 1. Juli 1986 schließlich hob der Verwaltungsgerichtshof den Wasserrechtsbescheid für die Kraftwerkserrichtung auf. In weiterer Folge wurde das Augebiet zu einem Teil des 1996 errichteten Nationalparks Donau-Auen. Freda Meissner-Blau war während der Aubesetzung nicht nur eine Integrationsfigur, sondern hatte auch wesentlichen Anteil an den Verhandlungen mit der Bundesregierung.

27 | Petra Kelly (1947–1992) zählte zu den prominentesten Gründungsmitgliedern der deutschen Partei „Die Grünen“ und gehörte von 1983 bis 1990 dem Deutschen Bundestag an. Sie war insbesondere als Friedens- und Menschenrechtsaktivistin europaweit bekannt.

was passieren muss in der Energiepolitik und solchen Sachen. Und es geht eigentlich nur über das Sich-zusammenstreiten, das ist eine ganz eigenartige Sache, und durch diesen Prozess muss man durch, auch wenn er schrecklich mühsam und lästig ist. Und das war in Deutschland so, und das war eigentlich bei uns moderater, muss ich sagen. Es ist nie so hart und bitter geworden wie in dieser Hamburger Gruppe, die, würde ich sagen, in Deutschland zu den „Radikalinskis“ gehörte, gegen die Moderateren. Aber irgendwann muss ein Ausgleich gefunden werden. Und die Deutschen haben dann immer den Kompromiss gemacht, dass sie zwei Leute hingesetzt haben – das habe ich nicht gut gefunden, denn die Menschen wollen sich an irgendjemandem orientieren. Aber, sie haben es halt so gemacht und haben nach wie vor einen kollegialeren Führungsstil als wir. Das ist, glaube ich, das maria-theresianische Erbe, ehrlich gesagt.

Und bei uns war es, wie gesagt, moderater, es ist nie so heftig geworden, es hat nie zu so heftigen Attacken geführt, zu so schlimmen Drohungen. Ich habe Anrufe bekommen: Wag dich nicht aus dem Haus, wir hängen dich an den nächsten Baum! Also, das war schon unschön, aber das waren von den anderen Parteien mittlere oder Unterläufer, aber ich muss sagen, ich habe auch einiges sehr Hartes bekommen von einer Wiener Gruppe, die dann auch eine Gegenkandidatur gegen mich gemacht hat²⁸, es hat am Anfang die Grüne Partei, die Grüne Alternative den Namen „Liste Freda Meissner-Blau“ gehabt, damit klar ist, um wen es sich handelt, nicht? Und die haben allerdings nur in Wien kandidiert, aber sind, glaube ich, mit einem Prozent eingegangen.

Also, da war dann der Weg frei, aber natürlich, wie das Resultat nur sein kann: eine äußerst heterogene Gruppe, die ich mir schon homogener gewünscht hätte, wo es eben die verschiedensten Ziele gegeben hat und kein gemeinsames Ziel. Und in diesen nächtelangen Diskussionen habe ich gesagt: „Sagt mir einmal, warum wollt ihr ins Parlament? Was wollt ihr erreichen? Was ist unser Inhalt?“ Das wurde nie beantwortet. Es wurde immer über Geschäftsordnung und Beistriche und Geldverteilung geredet, die überhaupt noch nicht da war, die erst nach einem Jahr kommt. Und das hat mir auch ein bisschen den Elan genommen. Da habe ich gesagt: „Wenn wir nicht einmal ein aus

28 | „Die Grünalternativen – demokratische Liste (GAL)“.

uns heraus entstandenes Programm haben ...“ – im Nachhinein wurden natürlich Programme gemacht, ich habe schon für meine Präsidentschaftskandidatur ein Programm gemacht, ein kleines, dünnes, armseliges Hefterl, wo aber doch die wichtigsten Punkte drinnen sind. Und es wurden dann Programme gemacht – aber im Nachhinein, nicht als Zielvorgabe. Und ich hätte natürlich gerne gehabt, dass die Leute wissen, warum sie hierher kommen und es für jeden eine nachvollziehbare Orientierung in Richtung eines Ziels gibt, und zwar eine ökologischere Gesellschaft, eine naturschonendere Gesellschaft, eine, die sich nicht selbst auffrisst. Ganz einfach gesagt: also Veränderung.

Interviewer: Die Grüne Alternative als politische Partei ist ja erst nach der Wahl 1986 entstanden, erst so Anfang 1987, als die Grünen schon ...

Freda Meissner-Blau: Wie soll ich das verstehen?

Interviewer: Vor der Wahl ist ja eine Wahlpartei gegründet worden aus den verschiedenen Gruppierungen, die bei der Wahl kandidiert haben. Und nach der Wahl, als die Grünen schon in den Nationalrat eingezogen waren, ist dann eine politische Partei nach dem Parteiengesetz gegründet worden: das waren ja zwei getrennte Prozesse.

Freda Meissner-Blau: Ja, das sind getrennte Prozesse. Mit so einem „Hurra“-Gefühl geht man hinein und glaubt, man wird der Welt einen Haxn ausreißen, da muss man erst einmal lernen, dass man der Welt überhaupt keinen Haxn ausreißt und dass man ein kleines Rädchen in einem viel größeren Rädchen ist. Also einmal Abstand nehmen von seinen großen Rosinen im Kopf! Da passiert ja etwas Schlimmes, und da fühle ich eigentlich – wenn ich sonst vielleicht auch gar keine große Sympathie habe für andere kleine Parteien, die es jetzt gibt – die Schwierigkeit des Anfangs. Man kommt herein als Greenhorn, hat keine Ahnung, wir sind zu acht, die wir damals waren, mit Christoph Chorrherr und mit noch einem Referenten waren wir zehn, in den sogenannten Blauen Salon²⁹ gesteckt worden – alle zusammen! –, ohne Computer, ohne Schreibmaschine,

29 | Der „Blaue Salon“ war ein großer, neben der Säulenhalle gelegener Raum im ersten Stock des Parlamentsgebäudes. Nachdem der Grüne Klub hier provisorisch für die Dauer fast eines Jahres untergebracht war, übersiedelte er in die für ihn adaptierten Räumlichkeiten im Erdgeschoss an der Schmerlingsplatzseite des Parlamentsgebäudes.

und wir saßen da, es waren zwei Tische – aus! Na, was macht man da?

Also, ich bin zum Präsidenten Gratz gegangen und habe angefangen, um Räume zu kämpfen, um Möbel zu kämpfen. Also das waren so die Anfänge: sehr desillusionierend, nicht? Und es hat ein Jahr gedauert, bis wir dann untergebracht waren. Natürlich war nicht für eine vierte Partei gedacht gewesen, aber in der Zwischenzeit haben sie es viel schwerer, was die Zimmerverteilung im Haus ... das ist ja arg jetzt.

Und da war man eigentlich viel mehr mit diesen Alltagssachen beschäftigt als mit seinen großen Ideen. Und dann kommt hinzu – es fiel dann ja noch einer aus, das Burgenland verlor dann das Mandat, das ist an eine andere Partei gegangen, glaube ich –, dann waren wir nur mehr sieben alle zusammen, sieben Mandatare, nicht mehr acht³⁰, und auf diese acht mussten ja alle Ausschüsse verteilt werden. Das heißt, wir hatten jeder zwei oder drei Ausschüsse. Na, da haben wir angefangen zu „wieseln“, rennen, laufen, aber sich erst einmal zurechtzufinden in dem großen Haus. Wir haben gedacht, wir werden da reingehen mit fliegenden Fahnen und den Parlamentarismus erneuern. Also, das war es schon überhaupt nicht. Wir haben von der Pike auf lernen müssen, wie das hier läuft in diesem Haus, wer unsere Ansprechpartner sind und wie wir uns zurechtfinden. Wie gesagt: Geschäftsordnung lernen. Und ich bedauere, das so überhaupt nicht gemacht zu haben.

Es hat mir einen anderen Einblick gegeben aufs Leben, also, ein bisschen kleiner anfangen und nicht so großspurig und nicht die Welt revolutionieren wollen, sondern tägliche Arbeit machen. Und als ich das nach knapp zwei Jahren intus hatte, habe ich gefunden, eigentlich ... Jetzt kommt etwas sehr Persönliches dazu: Ich bekam ja das Gefühl, dass die jungen Herren, die jungen und nicht ganz so jungen Herren, mit all ihrem Verbalfeminismus – von der Parlamentsdirektion wird Frauengerechtigkeit verlangt ... aber als ich gesagt habe, lasst doch einmal ein paar Frauen vor, da war ein gro-

30 | Ein nach dem vorläufigen Endergebnis der Nationalratswahl am 23. November 1986 den Grünen zugefallenes Mandat ging nach Auszählung der Wahlkartenstimmen verloren, sodass den Grünen mit Beginn der XVII. Gesetzgebungsperiode am 17. Dezember 1986 acht Mandate im Nationalrat zukamen. Nach Ausschluss des Abgeordneten Buchner aus dem Grünen Klub gehörten diesem ab 1. Dezember 1987 nur mehr sieben Abgeordnete an.

ßes Hallo, und die waren richtig zornig auf mich, das war eine Zumutung ... Und für die war das doch irgendwie ... das habe ich gespürt, die wollten ja an die Spitze, die jungen Leute. Und ich habe viel darüber nachgedacht und habe auch mit meinem Mann darüber gesprochen: an sich zu Recht! Und ich war damals schon über 50 und, naja, es war ihnen irgendwie peinlich, als Vorsitzende eine Frau zu haben und noch dazu eine, die ihre Mutter, vielleicht sogar mit Anstrengung ihre Großmutter sein könnte. Und das war mir auch klar. Und es gab zwei Herren, die überhaupt sehr gestrebert haben, und einmal gefunden haben, sie sollten eigentlich den Vorsitz haben. Und da habe ich gesagt: „Gut, gerne, ich reiße mich nicht darum, aber ich gehe.“ Da haben sie es mit der Angst gekriegt und gesagt: „Nein, nein ...“, und dann ging es ein Jahr weiter.

Aber das war auch so eine – wie soll ich es sagen? – „Auf-einem-geteilten-Ast-sitzen-Geschichte“. Und ich habe mir gedacht, nachdem die so drängen und ich ja sowieso keine großen Ambitionen habe, etwas zu werden, überhaupt nicht, ich habe das aus Pflicht gemacht, ich wollte ja überhaupt nicht ins Parlament, aber ich hatte ein Grundmandat³¹ in Niederösterreich, das war das Wunder in Österreich, dass ich ein Grundmandat bekommen habe, wo alle gesagt haben, dass das unmöglich ist: Da musste ich ja reingehen, anstandshalber. Ich habe gesagt, ich will kein Restmandat, wenn ich kein Grundmandat habe, komme ich nicht! Und ich habe fest damit gerechnet, keines zu haben, und dann hatte ich es, also musste ich dazu stehen.

Und das war dann für mich nicht schön. Ich bin gegangen und habe auch erklärt warum, und ich habe es in Ordnung gefunden, den Jungen den Vortritt zu lassen, als Mutter ist man ja gewöhnt, zur Seite zu stehen bei den Kindern. Und dann bin ich auf die Straße gegangen, und die Leute sind auf mich zugekommen: „Warum haben Sie ...? Wir haben ja Sie gewählt, nicht den Herrn Wabl.“ Und da habe ich ein schlech-

31 | Die Nationalrats-Wahlordnung 1971, BGBl. Nr. 391/1970, unterschied zwischen Grundmandaten, die in einem der neun Landeswahlkreise, und Restmandaten, die in einem der beiden Wahlkreisverbände zugewiesen wurden. In den Wahlkreisverbänden Ost und West wurden die sogenannten Reststimmen, welche in einem der dem jeweiligen Wahlkreisverband zugehörigen Landeswahlkreise für eine wahlwerbende Partei abgegeben worden waren, aber nicht zur Zuweisung eines Grundmandats geführt hatten, zusammengefasst und bei der Verteilung der im ersten Ermittlungsverfahren nicht vergebenen Mandate berücksichtigt.

tes Gewissen gekriegt, das hat mir wehgetan, nicht das Weggehen und Aufgeben hier, sondern irgendwie meine Wähler im Stich gelassen zu haben, das war mir ja gar nicht bewusst, als ich gesagt habe: Ich gehe! Und das nagt an mir bis heute, bis heute kommen sie auf mich zu und sagen: „Ihnen haben wir geglaubt, Sie haben es gemeint, aber Sie sind gegangen.“ – Nicht schön. Aber damit musste ich auch fertigwerden.

Interviewer: Sie haben über die räumliche Unterbringung des Grünen Klubs, zunächst im Blauen Salon, dann in der Zimmerflucht am Schmerlingplatz nach einem Jahr, als die adaptiert worden war, gesprochen. Wie haben Sie als sich neu organisierende Fraktion auf Informationen zugreifen können? Welche technische Infrastruktur ist Ihnen zur Verfügung gestanden? Wie konnten Sie sich vorbereiten auf die Ausschusssitzungen? Wie konnten Sie sich Informationen beschaffen? – aus dem Haus oder von außen.

Freda Meissner-Blau: Es war ein Lernprozess wie alles andere. Es war ein ziemlich mühsamer Lernprozess, denn, Herr Doktor, vergessen Sie nicht, wir sind ja mit scheelen Augen angesehen worden, es war ja nicht so, dass wir mit offenen Armen hier als vierte Gruppe ... Erstens haben wir, wenn auch ein winziges Stückchen, Macht – ich spreche das Wort gar nicht gerne aus, weil es nicht wirklich Macht ist –, aber vielleicht „Weg zu einer kleinen Macht“ haben wir usurpiert in ihren Augen. Dann sind wir gekommen, und es gab lästigen und nervigen Aktionismus. Dann waren wir nicht angepasst äußerlich – oder meine Kollegen nicht –, und überhaupt fanden die, die schon seit 20 Jahren hier sitzen und länger, das sei völlig unnötig, dass wir da sind. Und das hat man uns fühlen lassen. Das war ja nicht so, dass wir freudig hier empfangen worden sind. Das hat es natürlich noch schwieriger gemacht, die bürokratischen Wege zu gehen, weil wir ja gespürt haben ..., nicht? Aber da gab es auch Geschicktere wie den Herrn Pilz³², der sich so „reingeschlängelt“ hat, der dann mit den Leuten nachher fortgegangen ist, auch mit den Journalisten – das habe ich alles nicht gemacht.

32 | Peter Pilz (*1954) gehörte dem Nationalrat als Abgeordneter der Grünen von 1986 bis 1991 und von 1999 bis 2017, zuletzt für einige Monate als Abgeordneter ohne Klubzugehörigkeit und schließlich von 2018 bis 2019 als Abgeordneter der „Liste Pilz“ bzw. „JETZT“ an; zwischenzeitlich war er in den Jahren 1991 bis 1999 Abgeordneter zum Wiener Landtag und Mitglied des Wiener Gemeinderates. Der gelernte Volkswirt ist insbesondere durch sein Engagement für die Aufdeckung politischer

Ich habe es eigentlich durch Höflichkeit erreicht. Zu mir waren eigentlich die Leute durchaus korrekt, wenn sie mir auch nicht um den Hals gefallen sind. Also, ich habe keine Schwierigkeiten gehabt, aber ich musste erst die Wege finden. Und das dauert eben ein bis zwei Jahre, es nützt nichts, und insofern ist meine Idee gewesen abzuwechseln. Allerdings, wenn der andere mitgeht und berät, hätte es gehen müssen: Mann, Frau – abwechselnd. Es ist auch kein Ideal, denn derjenige, der mit Beamten, sei es in der Bibliothek, ganz wurscht wo, gute Kontakte geknüpft hat, der hat die Kontakte und wird sie weiter nützen, und wenn jemand Neuer kommt, der muss ja wieder von neuem anfangen, Kontakte zu bauen. Also, das ist schon wichtig. Das ist wichtiger, als man am Anfang begreift.

Im Großen und Ganzen muss ich sagen, ich hatte keine Schwierigkeiten. Wenn ich gewusst habe, wohin ich gehen muss ... aber das war doch meistens der Präsident, nicht? – ihn anjammern, dass wir etwas brauchen. Und da war Fairness.

Interviewer: Ich wollte durchaus auch auf das Thema Geschäftsordnung zu sprechen kommen. Sie haben gesagt, Sie haben mit der Geschäftsordnung unter dem Kopfkissen geschlafen, und ich erinnere mich sehr gut an Ihren Klubsekretär, den Karl Staudinger³³, der damals unser bester Kunde war, und wir haben in der Parlamentarischen Dokumentation ...

Freda Meissner-Blau: Das war auch ein sehr guter Berater.

Interviewer: Und wir haben in der Parlamentarischen Dokumentation ja alle Anwendungsfälle der Geschäftsordnung dokumentiert, und er ist ständig zu uns gekommen und wollte bestimmte Präzedenzfälle von uns in Erfahrung bringen.

und wirtschaftlicher Korruptionsfälle bekannt geworden. Nach seinem Austritt aus dem Parlamentsklub der Grünen im Jahr 2017 trat er mit einer eigenen Liste bei der Nationalratswahl an.

33 | Karl Staudinger (*1959) war als Leitender Klubsekretär in den Jahren 1987 bis 1990 maßgeblich am Aufbau des Grünen Parlamentsklubs beteiligt. Als Jurist befasste er sich insbesondere mit Geschäftsordnungs- und Verfassungsrecht, aber auch mit Justiz-, Umwelt- und Europarecht. Seit 1992 war er freiberuflich als Trainer, Erwachsenenbildner und Publizist tätig.

Die Grünen haben dann die Geschäftsordnung ja sehr viel intensiver genutzt, als das andere Fraktionen getan haben.

Freda Meissner-Blau: Ach ja? – Das war mir nicht bewusst.

Interviewer: Viele Instrumente der Geschäftsordnung sind seit Jahren nicht zur Anwendung gekommen, die Grünen haben sie ausgegraben.

Freda Meissner-Blau: Das ist doch schön.

Interviewer: Der Karl Staudinger hat sie ausgegraben und genützt. Wie haben Sie dieses Instrumentarium – nicht selbst –, aber wie hat das Ihr Klub eingesetzt?

Freda Meissner-Blau: Das war die Lebendigkeit, die ich mir so gewünscht habe, das Interesse. Ja, also Newcomer haben auch ihre Vorteile: frischer Wind!

Interviewer: Man hat das auch an der Statistik gemerkt. Wir haben ja über viele Jahrzehnte hin eine Parlamentsstatistik, die ausweist, wie viele beispielsweise Schriftliche Anfragen oder Selbstständige Anträge eingebracht werden. Diese Zahlen sind von der XVI. auf die XVII. Gesetzgebungsperiode, also mit dem Eintreten der Grünen in den Nationalrat, im Durchschnitt etwa um das Dreifache angestiegen. Wie hat eine so kleine Fraktion wie die Grüne Fraktion diese enorme Quantität an Arbeit leisten können?

Freda Meissner-Blau: Wir haben viel gearbeitet – gar kein Zweifel. Und gerade, weil Sie Staudinger erwähnen, das war einer unserer „strongholds“. Wenn der gesagt hat: „Achtung, ihr müsst achtgeben, hier und das und das ...“, hat er immer recht gehabt. Ich glaube, oft hat er auch Anfragen und solche Dinge entworfen – auch Chorherr, aber nicht so wie der Staudinger. Und ich habe sehr bedauert, dass er weggegangen ist.

Aber eigentlich ist uns das gar nicht so aufgefallen, denn wir waren ja da zum Arbeiten, wir wollten ja etwas bewegen.

Interviewer: Wie hat der Arbeitsalltag ausgesehen, wenn man zwei Ausschüsse zu betreuen hatte, wie Sie den Außenpolitischen und den Verkehrs- beziehungsweise den Umweltausschuss? Sie haben sich für das Plenum vorbereiten müssen, parlamentarische Materialien studieren müssen, Anfragen vorbereiten ...

Freda Meissner-Blau: Da war ich eher schleißig in den Ausschüssen, die mich überhaupt nicht interessiert haben. Aber ich habe das Glück gehabt, in den Außenpolitischen Ausschuss zu kommen, der hat mich brennend interessiert, denn Außenpolitik ist eigentlich mein größtes Interesse, und ich habe immer bedauert, dass die Außenpolitik in Österreich so lahm geworden ist nach Kreisky³⁴. Durch unsere zahlreichen AKH-, AKW- und sonstigen Auseinandersetzungen mit Kreisky habe ich ja das Vergnügen gehabt, ihn recht gut kennenzulernen, auch durch meinen Mann, der mit ihm befreundet war. Das war einfach ein so starkes außenpolitisches Interesse von ihm und Wissen und Geschicklichkeit. Und nachdem ich ja sehr viel im Ausland gelebt habe, in Amerika und überall, habe ich dieses starke Interesse auch gehabt, und ich hätte mir natürlich eine viel aktivere Außenpolitik gewünscht.

Das Einzige, was mich gefreut hat seinerzeit, war das mit Südtirol – da ist mir auch eine Kleinigkeit gelungen, aber ich habe sogar vergessen, was es war. Ich weiß noch, ich bin nach Südtirol gefahren, nach Bozen und nach Meran ... Aber es gab schon eine Reihe Ausschüsse, die mich nicht fasziniert haben. Und da habe ich weniger Zeit verwendet. Da habe ich mich kurz vorbereitet, um zu wissen, worum es geht, aber habe nichts selbst eingebracht. Als ich dann den Umweltausschuss übernommen habe und den Außenpolitischen Ausschuss, und dann habe ich noch zwei andere

34 | Bruno Kreisky (1911–1990) war nach seiner Rückkehr aus dem Exil in Schweden zunächst als Diplomat tätig und wirkte von 1953 bis 1959 als Staatssekretär bzw. von 1959 bis 1966 als Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten in der Gestaltung der österreichischen Außenpolitik. 1967 wählte ihn die SPÖ, damals in Opposition, zu ihrem Parteivorsitzenden. Bei der Nationalratswahl 1970 errang er für die SPÖ die relative, bei den drei folgenden Nationalratswahlen 1971, 1975 und 1979 jeweils die absolute Mehrheit. Von 1970 bis 1983 bekleidete er, länger als irgendein anderer österreichischer Politiker vor oder nach ihm, das Amt des Bundeskanzlers. Nach dem Verlust der absoluten Mehrheit bei der Nationalratswahl 1983 trat er als Bundeskanzler und in weiterer Folge als Parteivorsitzender der SPÖ zurück.

gehabt, an die ich mich nicht einmal mehr erinnere, also Sie sehen, wie tief der Eindruck war ... (Heiterkeit.) Das habe ich, muss ich gestehen, mehr oder weniger abgesehen, nur wenn mir etwas wirklich aufgefallen ist, habe ich mich gemeldet.

Interviewer: Welche Rolle haben nach Ihrem Eindruck die Ausschüsse tatsächlich in der inhaltlichen Willensbildung des Parlaments gehabt?

Freda Meissner-Blau: Sie können, sie können ... – sie sind nicht immer spannend, aber sie könnten es sein. Ich finde, die Ausschüsse sind eigentlich das täglich Brot des Parlamentarismus, denn da sind noch Möglichkeiten, auch etwas Überzeugungsarbeit zu leisten. Man spricht auf einer inoffiziellen Ebene quasi. Es kommt auch ein bisschen auf den Ausschussvorsitzenden an, aber im Großen und Ganzen habe ich Ausschüsse gemocht, weil ich gesagt habe, das ist die Urquelle, und da fängt jetzt der Fluss an. Das ist eigentlich die Knochenarbeit, die Ausschüsse, da geht es um die Sache. Aber, wie gesagt, außenpolitisch war ich immer enttäuscht, da hätte in meinen Augen viel mehr sein können. Und wenn man die Außenpolitik von Kreisky verfolgt hat und von De Gaulle³⁵ und von allerhand Leuten, dann war **das** so etwas von provinziell, das einzige Wort, das ich dafür habe: Provinzpolitik war das. Überhaupt keine Weltsicht, keine – jetzt sage ich das verfemte Wort – „Vision“, wie Außenpolitik sein soll. Und was für eine Rolle wir in Österreich spielen könnten, welche wir gespielt haben: Wir waren ein kleines, ein winziges Land und haben Außenpolitik gemacht ... also, Kreisky hat Außenpolitik gemacht. Aber da waren auch ein paar verflixt gute Botschafter und ein paar verflixt gute Arbeiter im Außenamt. Und ich muss sagen, das ist jetzt alles eingeschlafen, da ist ja nichts mehr. Man interessiert sich dafür, was in Brüssel gesagt wird – aus, sonst gibt es nichts! Dass wir eine aktive Rolle spielen könnten, gerade auch unsere so oft gelobte Ostverbindung, die ist doch eher bescheiden, sage ich höflich.

35 | Charles de Gaulle (1890–1970) hatte 1940 die Führung des französischen Widerstandes gegen die deutsche Besetzung und die Vichy-Regierung übernommen und von 1944 bis 1946 als Präsident der provisorischen Regierung der Französischen Republik fungiert. Im Zusammenhang mit der Algerien-Krise wurde er 1958 Ministerpräsident mit Notstandsbefugnissen und nach Annahme der Verfassung der Fünften Republik zum Staatspräsidenten gewählt. Dieses Amt übte er von 1959 bis 1969 aus. Europapolitisch vertrat er das Konzept eines „Europa der Vaterländer“ unter französischer Führung.

Interviewer: Welche Rolle kann das Parlament in der Außenpolitik spielen?

Freda Meissner-Blau: Selbstverständlich, aber selbstverständlich! – in Zusammenarbeit mit dem Außenamt natürlich. Denn das sind ja Inspirationen für das Außenamt auch.

Interviewer: Haben Sie auch Erfahrungen gemacht mit interparlamentarischer Zusammenarbeit, zum Beispiel in den parlamentarischen Freundschaftsgruppen³⁶ oder in der Interparlamentarischen Union³⁷?

Freda Meissner-Blau: Doch, am Anfang schon ein bisschen, nicht wahnsinnig aktiv, aber, wie gesagt, ich war damals auch nicht wirklich anerkannt, ich nehme an, es gab innere Kreise, zu denen ich keinen Zutritt hatte. Also, das will ich wirklich voranstellen: Ich war Neuankömmling, ich war die, die zwar die Sprachen sprach und in den Ländern gelebt hat und sich interessierte, aber ich war in keiner Weise anerkannt in der Hierarchie. Ich war einfach eine Interessentin, mehr nicht.

Interviewer: Noch einmal kurz zurück zum Gesetzgebungsprozess. Sie haben gesagt, in den Ausschüssen konnte inhaltliche Arbeit geleistet werden: Wie weit ist sie tatsächlich geleistet worden? Haben Sie im Umweltausschuss oder im Verkehrsausschuss das erlebt, dass ...

Freda Meissner-Blau: Naja, es heißt ja nicht, dass das dann im Plenum akzeptiert worden ist. Da wurde wieder viel mehr nach Interessen entschieden, im Ausschuss auch, das sind ja alles zum größten Teil brave Parteisoldaten, aber es gab auch Leute, die ihre Ideen hatten.

36 | Die Parlamentarischen Freundschaftsgruppen (heute als Bilaterale Parlamentarische Gruppen bezeichnet) bilden den organisatorischen Rahmen für die bilateralen Beziehungen zwischen Parlamenten. Ihnen gehören Abgeordnete aller Fraktionen an, die in diesem Rahmen regelmäßige Kontakte mit den Mitgliedern des jeweiligen Partnerparlaments pflegen.

37 | Die Interparlamentarische Union (IPU), gegründet 1889, ist eine internationale Vereinigung von Parlamenten souveräner Staaten mit Sitz in Genf. Sie bildet ein multilaterales Forum für interparlamentarische Beziehungen und sieht die Wahrung und Förderung des Friedens, der Menschenrechte und der Demokratie als ihr Ziel an.

Es hängt wie eine ziemlich schwere Wolke über der ganzen Parlamentsarbeit das Klientel der einzelnen Parteien, das spüre ich, und das ist noch schlimmer geworden, noch viel schlimmer geworden seither. Es ist kein Parlamentarismus fürs Land.

Interviewer: Wieweit haben Sie die Interaktion zwischen dem Parlament und insbesondere den Parlamentsparteien und der Zivilgesellschaft erlebt? Haben Sie das als Klientelpolitik erlebt?

Freda Meissner-Blau: Ich schon, in meinem Fall, aber generell nicht. Die wenigsten Leute wissen, wer ihr Abgeordneter ist, das ist mir schon aufgefallen, wie wenig Kontakt ist. Und, ich glaube, das ist eines der Dinge, das unbedingt etwas gefördert werden müsste, dass die Parlamentarier, die ja sprechen für ihr Grätzl, Kontakt mit den Menschen haben. Das ist auch ein Teil des Desinteresses an der Politik und an den Politikern vor allem. Politik interessiert die Leute schon ein bisserl, habe ich festgestellt, aber das ist alles eine fremde Welt für die Menschen. Und die Art von politischem Unterricht, den die Kinder kriegen, ist natürlich auch nicht angetan, um einen



Freda Meissner-Blau (2012)

Enthusiasmus zu wecken, das Auswendiglernen, wer die verschiedenen Vertreter sind und was die Wirtschaftskammer ist. Schauen Sie, sie sollen wissen, was die Wirtschaftskammer ist, was der Industriellenverband und was der Gewerkschaftsbund, das ist ein Basiswissen. Aber, dass das lebt und arbeitet und in ihrem Interesse ...

Wissen Sie, das stört mich in Österreich bis heute, dass die Menschen keinen Einblick kriegen, was in ihrem Interesse ist, zu wissen. „Politik interessiert mich nicht!“ – Da sage ich: „Ach so? Politik managt aber Ihr Leben. Wissen Sie das, dass Sie ein Opfer der Politik sind, die Sie nicht interessiert?“ Dafür ist überhaupt keine Öffnung in den Gehirnen, da ist etwas fehlgegangen. Ein aktives Interesse an der Politik, die mein Leben mitgestaltet, wäre eine natürliche Sache. Und das kann man nur – und es gibt kluge Lehrer, die das machen, muss ich dazu sagen –, das kann man nur im Klassenzimmer machen, indem man da demokratische Verhältnisse hat und die benennt und sagt, das ist so wie zum Beispiel im Parlament: dass der Hansi das will und der Fritz das und die Lisi das. Das ist ihr Interesse, weil sie das haben möchte, und das muss sie jetzt vertreten. Und da müsste man zu einer Einigung kommen. Das braucht man nur zu erleben, und dann würde es funktionieren. Aber nur die Auswendiglernerei, wer was ist und wie die Hierarchien gehen, das ist urfad – auch für mich.

Interviewer: Haben Sie den Eindruck, dass das Interesse und die Bereitschaft, sich politisch zu engagieren, in der Zivilgesellschaft sich verändert hat, gewachsen ist, gesunken ist? Man hat ja nicht den Eindruck, dass so große Bürgerbewegungen, wie sie in den 70er und 80er Jahren existiert haben, heute noch existieren.

Freda Meissner-Blau: Das heißt ja, dass großes Interesse da ist. Was sich jetzt getan hat mit den Flüchtlingen auf den Bahnhöfen, ich war weg, mir sind die Tränen gekommen vor den jungen Leuten. Was da am Westbahnhof geleistet worden ist und überall, ich war x Mal in Traiskirchen³⁸, also ich hätte das nie erwartet. Also, da sieht man, dass ein ganz großes Potential da ist, das nicht genützt wird.

Interviewer: Warum wird es nicht genützt?

38 | Erstaufnahmestelle für Asylwerberinnen und Asylwerber.



Die Fridays-for-Future-Demonstrationen – im Bild jene am Wiener Heldenplatz 2019 – setzen eine Tradition zivilgesellschaftlichen Engagements für die Umwelt fort, die in Österreich von Freda Meissner-Blau mitbegründet worden ist.



Freda Meissner-Blau: Aus Desinteresse, aus Lahmheit, aus mangelnder Überzeugung, mangelnder Energie, Eigeninteresse: so lange es mir gut geht, ist es okay, so lange ich mein Schnitzel am Sonntag habe und mein Bier, ist alles fein. Das ist doch eine Mentalität, die hier übergreift. Gerade von den Schichten, von denen man sich Revolten wünschen würde, und dann werden die totgemacht mit blödsinnigen Sprüchen, blauen Sprüchen, nicht? – und denken überhaupt nicht mehr, schauen sich nicht an, was der gesagt hat für eine Trottelei: was er nie kann, was er da verspricht. Das ist alles Unsinn, aber die glauben es, das ist so angenehm. Die Sünden sind viel älter, es fängt bei den Kindern an, das wissen wir.

Interviewer: Was können da die Medien bewirken, und welche Rolle ordnen Sie den Medien zu in dieser Verbindung Politik und Zivilgesellschaft?

Freda Meissner-Blau: Auch in den Familien wird nicht viel über Politik gesprochen, das ist so das letzte Thema. „Ach, hör‘ ma auf, das sind doch alles Verbrecher!“ Na, da werde ich verrückt, wenn ich das hör‘. Da muss ich sagen, da gab es großartige Menschen – großartige Menschen! –, und auch heute sind das keine Verbrecher, die im Parlament sitzen. Da gibt es Fadiane, ja! – aber keine Verbrecher. Und es sind nicht alle korrupt, und es stehlen nicht alle. Diese Volkswagen-Geschichte³⁹ ist sehr böse, das ist wieder einmal ein Beweis, was das alle für Verbrecher sind. Das ist sehr böse, wenn so etwas passiert.

Interviewer: Noch einmal ganz kurz zurück zu den parlamentarischen Organen und zur parlamentarischen Arbeitsweise. Sie waren, natürlich auch aufgrund Ihrer Funktion als Klubvorsitzende, eine sehr aktive Rednerin im Plenum, Sie haben sehr viele Reden in Plenarsitzungen gehalten. Welche Funktion haben Sie in der Tätigkeit des Plenums des Nationalrates gesehen?

39 | 2015 wurde bekannt, dass der Volkswagen-Konzern die Abgaswerte von Dieselfahrzeugen mittels einer illegalen Abschalteinrichtung manipuliert hatte, sodass auf dem Prüfstand niedrigere Abgaswerte angezeigt wurden als im Straßenverkehr tatsächlich auftraten. Dieser Skandal hat seither zum Rückruf zahlreicher Fahrzeuge und zu Gerichtsentscheidungen über Entschädigungsansprüche geführt.

Freda Meissner-Blau: Ich habe versucht, den Kollegen klarzumachen, vielleicht ein bisschen als Gegengewicht, dass wir keine Wölfe im Schafspelz sind, dass wir ehrliche Anliegen haben und furchtbar gerne mit ihnen zusammenarbeiten würden. Da habe ich ja wirklich nachgedacht bei meiner Jungferrede⁴⁰, und da steckt alles drinnen. Das steckt alles drinnen: meine Überzeugungen, auch meine Kritik, dass die Armut derartig fortschreitet, und genauso obszön wie die Armut ist der Reichtum geworden, und dass das sozialer Sprengstoff ist, habe ich schon vor 35 Jahren gesagt.

Also es ist so, dass ich eine affenartige Österreichliebe habe – ich kann nicht aus meiner Haut heraus – und deshalb auch jetzt hier lebe, obwohl ich an anderen Orten vielleicht besser gelebt hätte, und dass es dafür steht, dass so viel zu tun ist, an allen Ecken und Enden: Wo man hinschaut, muss etwas getan werden. So quasi: Let's do it at last! Also, das war so ein bisschen meine Haltung, und ich habe eine ganz große Schwäche, ein ganz großes Handicap: das ist meine Ungeduld. Das hat aber auch mit dem zunehmenden Alter zu tun. Ich habe das Gefühl, offensichtlich, dass ich nicht mehr viel Zeit habe, und das muss **jetzt** geschehen. Und ich musste lernen, dass „gut Ding Weile hat“, was mir eben bei den dringenden Fragen, gerade ökologischen Fragen, sehr schwer gefallen ist.

Und da bin ich eben lieber in der Nacht in der Au gesessen, bevor ich die Herrschaften überzeugen kann, und bin eben draufgekommen, dass man damit etwas erreichen kann, wenn man an einem Strick zieht – mehr als im Haus.

Interviewer: Wenn Sie sich an die Debatten im Plenum erinnern: Welche Ihrer Abgeordnetenkollegen und -kolleginnen sind Ihnen da besonders in Erinnerung geblieben als gute Redner, als sachliche Redner?

Freda Meissner-Blau: Also, Sie werden lachen, wenn ich jetzt lauter Redner von anderen Parteien nenne (Heiterkeit) – zu meiner Zeit? Heute möchte ich gar nicht ...

40 | Rede in der Verhandlung über die Erklärung des Bundeskanzlers Franz Vranitzky anlässlich des Amtsantrittes der am 21. Jänner 1987 ernannten Bundesregierung, Stenographisches Protokoll der 3. Sitzung des Nationalrates der XVII. GP, S. 93–100.

Taus⁴¹ war ein guter Redner. Er war einer der wenigen, der frei geredet hat. Bis zu einem gewissen Grad auch mein Counter: der Khol⁴². Der Gmoser mit seiner kaputten Sprache – grandios! Das ist eben der Unterschied, ob Sie einen Zettel dabei haben und immer schauen oder ob Sie mit Leidenschaft reden. Mein Gott, das ist schrecklich, dass mir das entfällt ... Jetzt denke ich an die Grünen, die jetzigen – die meisten kenne ich überhaupt nicht. Ich kenne eigentlich nur die von damals und die Glawischnig⁴³ klarerweise und zwei, drei ... Nein, da ist kein Volkstribun dabei! (Heiterkeit.)

Interviewer: Bräuchten wir mehr Volkstribune? Wäre das ein Weg, die Menschen zu mehr politischem Engagement zu ermuntern?

Freda Meissner-Blau: Ja, ja, aber das wird einem abgekauft – im Alltag. Da muss man wieseln von einem Lokal ins andere.

Interviewer: Dann darf ich noch eine Abschlussfrage formulieren: Wenn Sie beispielsweise einem jungen Menschen erklären wollten, was die Bedeutung des Parlaments im politischen System ist: Was würden Sie sagen?

Freda Meissner-Blau: Dem würde ich Folgendes sagen: Dem würde ich jetzt nicht vorher erzählen: Wähle so oder wähle so oder tu das, sondern ich würde sagen: Stell dir einmal vor, wie du dein Land haben möchtest – was stört dich, was gefällt dir? Und dann schau einmal in die Parteien rein, die haben alle Programme. Sie halten sich nicht immer daran, aber es gibt eine Idee, was sie an sich anstreben, nicht? Und was ist dir am sympathischsten eigentlich von denen? Interessiere dich dafür, und

41 | Josef Taus (1933–2024) war von 1975 bis 1979 Bundesparteiboss der ÖVP und von 1975 bis 1991 Abgeordneter zum Nationalrat. Als Wirtschaftsexperte trat er häufig als Hauptredner der ÖVP in wichtigen wirtschaftspolitischen Debatten auf.

42 | Andreas Khol (*1941) gehörte von 1983 bis 2006 als Vertreter der ÖVP dem Nationalrat an. In den Jahren 1994–1999 sowie 2000–2002 war er Klubobmann der ÖVP, 1999–2000 kurzfristig Dritter Präsident und 2002–2006 Präsident des Nationalrates.

43 | Eva Glawischnig-Piesczek (*1969) war von 1999 bis 2017 Mitglied des Nationalrates und von 2006 bis 2008 dessen Dritte Präsidentin. In den Jahren 2008 bis 2017 fungierte sie als Bundessprecherin und Klubobfrau der Grünen.



(v. li.) Nationalratspräsidentin Barbara Prammer mit Freda Meissner-Blau (2011)



Freda Meissner-Blau (2014, li. und 2011, re.)

dann entscheide dich erst. Lern' ein bisschen Zeitgeschichte. Also für mich war der Paul Blau wahnsinnig wichtig, der ein guter Zeithistoriker war, und mir die ganze Entwicklung – also 1848, das kannte ich schon, aber das hat mich immer interessiert –, aber die österreichische politische Geschichte von innen, ja eigentlich von der Gründung der sozialistischen Partei: Adler⁴⁴ – ab Adler ... also, diese ganzen Geschichten, die Wienerberger Ziegelerbeiter, das ist mir alles so nahe, er hat mir das so nahegebracht, und das Ende des 19. Jahrhunderts bis ins 20. Jahrhundert, bis ich hergekommen bin – ich bin 1972 endgültig zurückgekommen. – Also die innere Politik und die Menschen, die daran beteiligt waren. Und es ist unerlässlich, das So-geworden-sein, das möchte ich als Abschluss sagen: Es genügt nicht, zu wissen, was ist, man muss wissen, wie das entstanden ist, warum und wie das so geworden ist, dann versteht man die heutige Zeit – einigermaßen, ganz zu verstehen ist sie ja nicht, weil sie zu meschugge ist, aber das ist mein Nachsatz.

Interviewer: Ich danke Ihnen für dieses wunderbare Schlusswort zu einem wunderbaren Gespräch.

44 | Victor Adler (1852–1918) hatte als Arzt das Elend der Wienerberger Ziegelerbeiter kennengelernt und in aufsehenerregenden Reportagen bekannt gemacht. Durch diese Erfahrung politisiert, gelang ihm zur Jahreswende 1888/1889 auf dem Hainfelder Parteitag die Vereinigung der verschiedenen sozialdemokratischen Gruppen zur Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, zu deren erstem Vorsitzenden er gewählt wurde. Erst 1905 vermochte er ein Mandat im Abgeordnetenhaus des Reichsrates zu erwerben, dem er bis 1918 angehörte. In den letzten Tagen seines Lebens wirkte er als Staatssekretär des Äußeren an der Gründung der Republik Deutschösterreich mit.



Zeitreisewerkstatt „Annexion 1938“ – Schülerin im Gespräch mit Zeitzeugin Freda Meissner-Blau (2013)



Zum Weiterlesen:

Ausgewählte Schriften von Freda Meissner-Blau

- ♦ Die Wahl im Mai, Wien 1986
- ♦ Ziviler Ungehorsam – Modelle alternativer Verteidigung und Sicherheit in Europa, in: Dialog – Beiträge zur Friedensforschung 10 = 3/87, Stadtschlaining 1987, S. 367–376
- ♦ EG und Umweltpolitik – Ein unlösbarer Widerspruch, in: Günther Witzany (Hg.), Verraten und verkauft, Salzburg 1993, S. 125 ff.
- ♦ Die ökologischen Gefahren für Europa, in: Margit Pieber (Hg.), Europa – Zukunft eines Kontinents, Münster 1994, S. 104 ff.
- ♦ Österreich mit Zukunftschancen, in: Günther Witzany (Hg.), Zukunft Österreich, Salzburg 1998, S. 171 ff.
- ♦ Was heißt Österreich?, in: Robert Kriechbaumer (Hg.), Die Spiegel der Erinnerung, Wien 1998, S. 441 ff.
- ♦ Erinnerungen einer Zeitzeugin, in: Rolf M. Urrisk-Obertyński (Hg.), 50 Jahre Bundesheer aus der Sicht von 50 prominenten Österreichern, Wien 2005, S. 139 ff.
- ♦ Gedanken zum „Jubeljahr 2005“, in: Christine Hahn u. a. (Hg.), Zwischen Befreiung und Staatsvertrag, Wien 2005, S. 78 ff.

- ♦ Demokratische Gedanken beim Fremdgehen ..., in: Der Auftrag: Öffentlich-rechtlicher Rundfunk: Positionen – Perspektiven – Plädoyers, Wien 2006, S. 42 ff.
- ♦ Zwentendorf, Hainburg und die Zukunft der Energiepolitik: Warum wir eine lebhaftere Zivilgesellschaft brauchen, in: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Hg.), Von kalten Energiestrategien zu heißen Rohstoffkriegen?, Wien 2008, S. 294 ff.
- ♦ Zwentendorf nur ein Etappensieg? (Eine persönliche Geschichte), in: Heimo Halbrainer (Hg.), Kein Kernkraftwerk in Zwentendorf!, Weitra 2008, S. 124 ff.
- ♦ Ein Europa der Europäer, in: Attac (Hg.), Wir bauen Europa neu – wer baut mit?, St. Pölten 2009, S. 179 ff.
- ♦ Freiheit wovon – Freiheit wofür, in: GlobArt (Hg.), Im Sinne der Freiheit, Wien 2012, S. 36 ff.
- ♦ Die Frage bleibt: 88 Lern- und Wanderjahre [Umschlagtitel; Innentitel: 88 Lehr- und Wanderjahre]: Im Gespräch mit Gert Dressel, Wien 2014
- ♦ Wie Neue Soziale Bewegungen zu Parteien werden, in: Parlamentsdirektion (Hg.), Symposium „Parlament und Parteien: Ein Blick auf Österreich seit 1989“, Wien 2015, S. 39 ff.

Impressum:

Herausgeberin, Medieninhaberin und Herstellerin:

Republik Österreich – Bund, vertreten durch die Parlamentsdirektion

Adresse: Dr. Karl-Renner-Ring 3, 1017 Wien

Text: Günther Schefbeck

Redaktion: Sabina König, Tamara Oberleiter, Susanne Roth

Grafische Gestaltung: 4.2 – Corporate Identity | Nadja Bučovnik, Sara Pleschounig, Pia Wiesböck

Fotos:

© Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Christian Hofer: Coverfoto, S. 4, 47

© Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Jacqueline Godany: S. 33 (re. u.)

© Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Mike Ranz: S. 55 (oben)

© Parlamentsdirektion/Carina Ott: S. 53 (oben, re. u.), 50

© Parlamentsdirektion/Hertha Hurnaus: S. 2, 6, 61

© Parlamentsdirektion/Johannes Zinner: S. 33 (oben, li. u.)

© Parlamentsdirektion/Michael Buchner: S. 49 (beide)

© Parlamentsdirektion/Mike Ranz: S. 11 (li. o.), 53 (li. u.), 55 (unten)

© ÖNB/Titzer Klaus: S. 17 (o.), S. 26 (beide)

© ÖNB/Wenzel-Jelinek Margret: S. 13

© ONB/Wien/FO505038_2_33: S. 17 (unten)

© Willibald Haslinger: S. 11 (u.)

Druck: Parlamentsdirektion

ISBN: 978-3-901991-56-1

Wien, im November 2025

Das Interview mit Freda Meissner-Blau fand am 8. Oktober 2015 statt.

Die Reihe wird laufend um weitere Interviews ergänzt; das Erscheinen der Bände folgt keiner Reihung oder Kategorisierung, sondern unterliegt dem Zufallsprinzip, da sie jeweils nach Fertigstellung als Publikationen aufgelegt und unter www.parlament.gv.at zum Download zur Verfügung gestellt werden. Bitte beachten Sie auch den Podcast „Geschichte(n) aus dem Parlament“, der ebenfalls auf diesen Interviews basiert, sowie die zusammenfassende Publikation „Erlebter Parlamentarismus. Das österreichische Parlament im Spiegel persönlicher Erinnerungen.“



Weitere Bände der Reihe:

Band 1: Heinz Fischer

Band 2: Andreas Khol

Band 3: Gerulf Stix

Band 4: Heide Schmidt

Band 5: Freda Meissner-Blau

Band 6: Jürgen Weiss

Band 7: Anna Elisabeth Haselbach

Band 8: Erhard Busek

Band 9: Karl Blecha

Band 10: Willi Brauneder

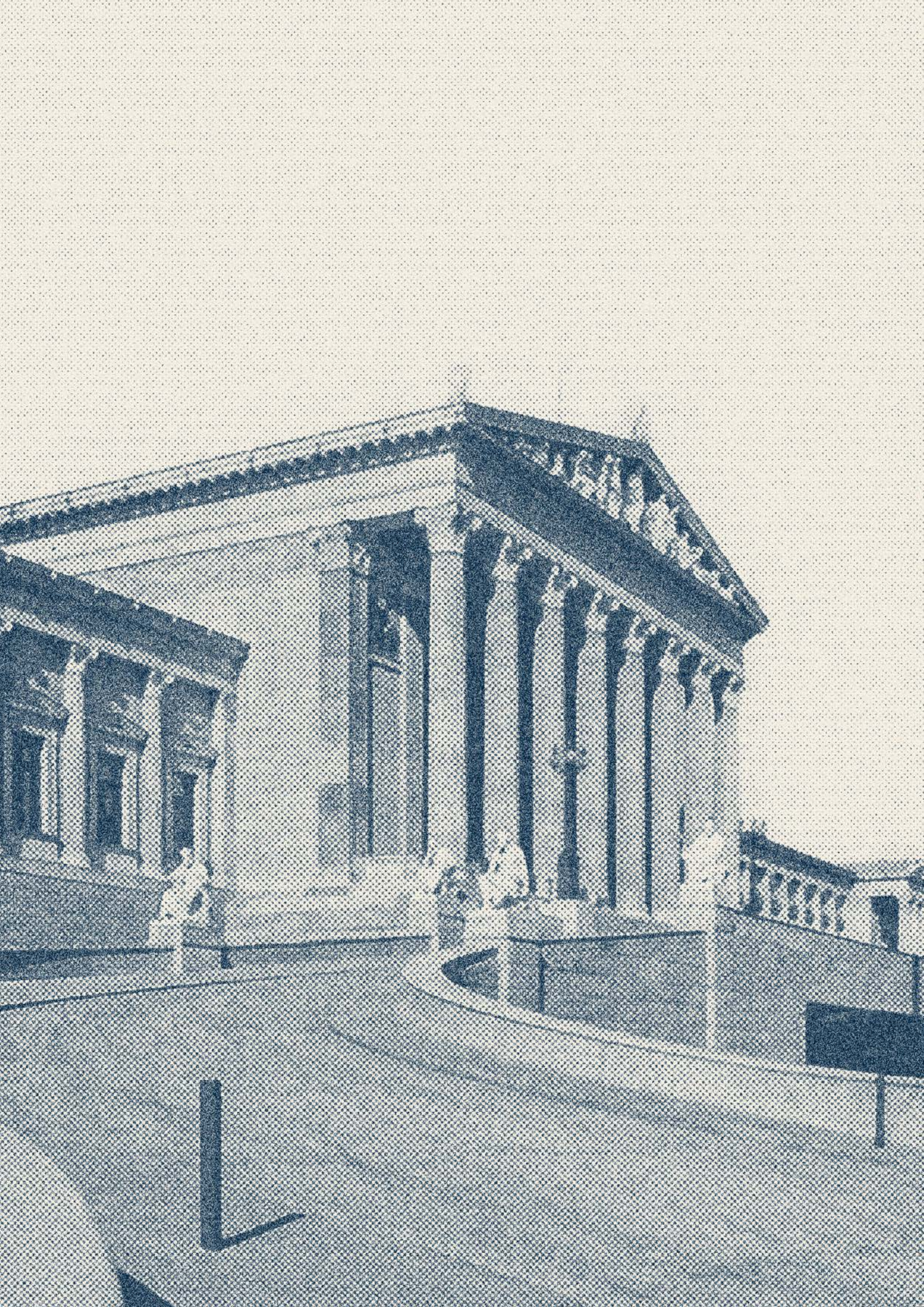
Band 11: Michael Krüger

Band 12: Peter Kostelka

Band 13: Terezija Stoisits

Band 14: Paul Kiss

Band 15: Karl Smolle



Die Reihe „Das österreichische Parlament in persönlichen Erinnerungen“ bietet neue, spannende Einblicke hinter die Kulissen des parlamentarischen Betriebs in Interviews mit ehemaligen Abgeordneten zum Nationalrat und Mitgliedern des Bundesrates. Warum politische Entscheidungen getroffen wurden, welchen Einfluss gesellschaftliche und mediale Rahmenbedingungen hatten und wie in entscheidenden Momenten der Parlamentarismus in der Praxis funktioniert – all diesen Fragen gehen die Gespräche nach und zeichnen so ein lebendiges Bild der Abläufe im österreichischen Parlament.